Berlin, 20. November 1931
Nr. 16. Jahrg. 1931

Preis 10 Pfg.

Ausgabe
Groß-Berlin

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Spendensystem Böß

„Großkampftag" im Sklarek-Prozeß

Er weiß von nichts

Das typische Bild der Moabiter großen Tage. Stundenlang vor Verhandlungsbeginn warten lange Schlangen Schaulustiger vor den verschlossenen Pforten. Starke Polizeikontrolle vor und im Gerichtssaal. Zum ersten Male werden die geräumigen Zuschauerränge geöffnet, doch auch sie sind bald überfüllt, ebenso die Presseplätze. Böß ist schon frühzeitig im Gerichtsgebäude, nimmt in einem Wartezimmer Platz, vor dem ein Schutzmann Wache hält. Die Geduld der Zuschauer und der Berichterstatter der Abendpresse wird jedoch auf eine harte Probe gestellt durch die stundenlange Vernehmung des Kaufmanns **Novarra, des Vorgängers Kieburgs in der Leitung der KVG.**

Vor der Vernehmung von Böß kommt es zu einem stürmischen Zwischenfall.

Rechtsanwalt Pindar, der Sklarek-Verteidiger, erklärt zum Schluß der Vernehmung Novarras (der im Landtagsausschuß die Sklareks als Schieber bezeichnet hatte, heute diese Behauptung einschränkt).

„Mir fällt es auf, daß Böß, die Bürgermeister, Stadträte, Magistratsbeamte, Stadtbankdirektoren mit diesen Schiebern Sekt getrunken, sich nach dem Verkehr mit ihnen drängten. Wie ist das möglich, wenn der Name Sklarek einen so schlechten Klang hatte?"

Der Magistratsvertreter erhebt sich und will Einspruch erheben.

Pindar schränkt dann seine Beschuldigungen dahin ein, daß er nicht alle Magistratsbeamte gesagt habe, aber Böß habe beim Presseball nicht gerade Selterwasser, sondern teuersten Sekt getrunken. Aber lassen wir den Oberbürgermeister selbst über diesen Film aus vergangenen Zeiten sprechen.

Es wird unter großer Spannung

der Oberbürgermeister Böß selbst vernommen.

Er behauptet, keine persönlichen Beziehungen zu den Sklareks unterhalten zu haben, es sei auch unwahr, daß er an Veranstaltungen der Sklareks teilgenommen habe, ebenso habe seine Frau keinerlei Geschenke erhalten.

Auf weitere Fragen gibt Böß an, daß er immer nur einen sehr bescheidenen Bedarf an Kleidungsstücken gehabt habe. Der Preis wurde vereinbart, doch kann er sich auf ihn nicht mehr besinnen.

„Ich hielt ihn für billig, aber nicht für unangemessen",

erklärt er auf Vorhalt des Vorsitzenden. Weiter gibt er an, regelmäßig bezahlt zu haben, doch habe er manchmal an die Rechnung erinnern müssen. Er habe sich aber keine Gedanken gemacht, da die Fristen nicht so lange gewesen seien. Auch bei Kieburg wurde er persönlich bedient, habe sich also demgemäß auch wegen der Bedienung durch Max Sklarek keine Gedanken gemacht. Er habe nicht, wie hier unter Beweis gestellt wird, zögernd bezahlt, sondern alles restlos erledigt. Er habe auch nie Geschenke von den Sklareks erhalten.

Vors.: Wenn Sie gewußt hätten, daß Magistratsmitglieder regelmäßig bei Sklareks verkehrten, die Woche vier- bis fünfmal . . .

Böß: Dann hätte ich den Rat gegeben, diesen Verkehr einzuschränken.

Vors.: Und wenn jemand silberne Leuchter geschenkt bekam?

Böß: Hätte ich die Sache sofort untersucht.

Von den zwanzig ins Rathaus gesandten Pelzen weiß Böß nichts.

Es kommt nun der leidige Pelzkauf zur Sprache, wobei Böß die bekannte Erklärung abgibt, für seine Frau im Sommer 1929 durch Max Sklarek einen Pelz bezogen zu haben. Für diesen Pelz habe er eine Rechnung über 375 Mark erhalten.

Er war erstaunt, aber seine Frau hielt diesen Preis für angemessen,

worauf er erwidert habe, „da kannst du sehen, was an diesen Sachen verdient wird". Er habe dann Max Sklarek mitgeteilt, daß er aus Anlaß dieses Pelzkaufs 1000 Mark zu wohltätigen Zwecken überwiesen habe. Davon 800 Mark für einen notleidenden Künstler und 200 Mark für bedürftige Schwestern seiner Frau. Nun kommt es zur

Erörterung des berüchtigten Spendensystems,

bei dem Böß auffallend nervös wird.

Böß erklärt, von allen möglichen in Not befindlichen Kreisen um Unterstützung angegangen worden zu sein. In dieser Zeit hat er angefangen, aus privaten Kreisen Geld zu sammeln.

(Fortsetzung S. 2.)

Vom Wirtschaftsbeirat

Neue Lohnsenkungspläne

Zum Ausgleich: Zinssenkung für Unternehmer

Die beiden Unterausschüsse des Wirtschaftsbeirats haben heute ihre Beratungen wieder aufgenommen. Die Reichsregierung hatte bekanntlich in Aussicht gestellt, daß sie dem Wirtschaftsbeirat „Richtlinien" zuleiten würde, unter deren Zugrundelegung das „Wirtschaftsprogramm" dann beraten und beschlossen werden sollte.

Betrübt weisen heute demokratische Blätter, wie das „Berliner Tageblatt", darauf hin, daß leider „eine einheitliche Willensbildung" im Wirtschaftsbeirat selbst nicht ermöglicht" werden konnte. Man erfährt weiter, daß die Frage, auf welche Weise die Senkung der allgemein überhöhten Mieten bewirkt werden könnte, noch ganz ungeklärt sei.

Schließlich wird auch versichert, daß die Regierung — noch — an der Absicht festhalte, die „zu erwartenden Lohn- und Gehaltssenkungen" („Berliner Tageblatt") durch „Kompensationen" auf dem Gebiet der Preise, der Zölle und der Zinsgestaltung auszugleichen, „so daß gemäß der Ankündigung des Reichskanzlers die Kaufkraft im wesentlichen unverändert bleiben soll".

Also nur: im wesentlichen soll die Kaufkraft unverändert bleiben!

Wenn das „Berliner Tageblatt" recht unterrichtet ist, so dürfen die Absichten der Reichsregierung dahin gedeutet werden, daß zwar die Kaufkraft der Landwirte und der kleineren Unternehmer durch Herabsetzung ihrer Zinsverpflichtungen erhalten werden soll, daß aber der Arbeiterschaft wiederum Opfer am Lohn zugemutet werden sollen, für die der versprochene Ausgleich durch Preissenkung usw. auf dem Monde gesucht werden kann.

Nicht so bös gemeint

Berlin, 17. November.

Die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Abgeordneten Wels, Dr. Breitscheid, Dr. Hilferding und Dr. Hertz, wurden am Dienstag abend vom Reichskanzler empfangen. Der Besprechung wohnten Reichswehrminister Groener und der preußische Innenminister Severing bei. Nach einer sozialdemokratischen parteioffiziellen Mitteilung haben die sozialdemokratischen Abgeordneten dem Reichskanzler „an Hand umfangreichen Materials den Nachweis geführt, daß von führenden Nationalsozialisten nicht nur zu Gewalttätigkeiten aufgereizt wird, sondern daß von der Privatarmee des Herrn Hitler, den SA-Formationen, auch in zahlreichen Fällen solche Gewalttätigkeiten organisiert begangen werden". Werde nicht durch stärkstes aktives Hervortreten der Staatsgewalt dieser Kulturschande eine Grenze gezogen, so könne man nicht erwarten, daß die Massen des Volkes, die zur Republik stehen, Vertrauen zur Staatsgewalt hätten und man müsse begreifen, daß sie sich zur Selbsthilfe entschlössen. Es werde ferner eine große Beunruhigung geschaffen, die die Absicht, die Regierung zu stützen, immer mehr erschüttern müsse. Sowohl der Reichskanzler als auch der Reichswehrminister hätten versprochen, alle zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen möglichen und aussichtsreichen Schritte zu unternehmen. Das vorgebrachte Material soll vom Reichsinnenministerium geprüft werden.

Von zuständiger Reichsstelle ist über die Unterredung mit den Sozialdemokraten eine Mitteilung nicht ausgegeben worden. —

Es ist zu spät. Herr Brüning nimmt Drohungen der SPD nicht mehr ernst. Er hat es nicht nötig. Und auch diese wird wieder gar nicht so bös gemeint gewesen sein.

Der Staatsmann Otto Braun

Nach dem Volksentscheid auf Neuwahl des preußischen Landtages, der am 9. August 1931 stattfand, sprach Otto Braun, der „Sieger" im Berliner Sportpalast. In der Rede sagte er, wörtlich nach dem Bericht der sozialdemokratischen Presse zitiert:

> Es hat sich gezeigt, daß die Radikalisierung sich nicht mehr vorwärts, sondern rückwärts bewegt. Ihr Höhepunkt ist mit dem 14. September überschritten worden. Sie ist, um mit den Deutschnationalen zu reden, „stürmisch rückläufig". (Lebhafter Beifall.)

Welches staatsmännische Genie sprach aus diesen Worten! Welche tiefe Einsicht in die Entwicklung! — Leute, die keine so großen Staatsmänner sind wie Otto Braun, sagten zwar damals schon, daß die reaktionären Bestimmungen über den Volksentscheid jede wirkliche demokratische Entscheidung unmöglich machten und daß man sich hüten möge, nach der Stimmenziffer des Volksentscheids die Entwicklung des Nationalsozialismus zu unterschätzen. Aber die Braun und Severinge wußten es besser. Jetzt erhalten sie die Quittung. Nur muß das Proletariat für ihre Fehler büßen.

Spitzel in der KPD?

Die kommunistische „Hamburger Volkszeitung" meldet aus Kiel, daß es der dortigen Parteiorganisation gelungen sei, einen Spitzel zu entlarven, der Zugang in die KPD gesucht hätte, um Material für ein Verbot der Partei zu erlangen. Es handle sich dabei um einen Angestellten der Reichswehr, der sich der KPD erboten habe, ihr geheime militärische Unterlagen und Zeichnungen zu verschaffen, und sich damit ihr Vertrauen habe erwerben wollen.

Natürlich dementiert das Reichswehrministerium diese Meldung. Dementi aus der Bendlerstraße sind ja seit Geßlers Zeiten berühmt.

Der Prozeß der Revolutionierung

Bemerkungen zum hessischen Wahlresultat

rt. Natürlich muß Ausgangspunkt jeder Betrachtung über das hessische Wahlresultat der ungeheure Sieg der Nationalsozialisten sein, der, obwohl er eigentlich nichts ist als die Bestätigung dessen, was wir als notwendige Entwicklung vorausgesagt haben, jeden bestürzen muß. Von rund 138 000 Stimmen bei der Reichstagswahl 1930 sind sie auf rund 291 000 gestiegen. Zwar haben sie weitgehend die bürgerlichen Parteien aufgesogen — um etwa 96 000 Stimmen sind diese gegenüber der Reichstagswahl zurückgegangen —, aber daneben bleibt immer noch ein nationalsozialistischer Stimmenzuwachs von 57 000, der sich aus Nichtwählern, Neuwählern und — bisherigen proletarischen Wählern zusammensetzt. Zwei Gesichtspunkte sind unseren Bemerkungen zugrunde zu legen: Welche politische Stimmung, welcher politischer Wille der Wählermassen spricht sich in der Stimmabgabe für die Nazis aus? Zum andern: Wieso konnte diesen Wählern gerade die Nazibewegung als der gegebene Ausdruck dieses politischen Willens erscheinen?

Als die Stimmung, aus der heraus die meisten Wähler sich für die Nazis entschieden haben, werden wir wohl ohne weiteres annehmen müssen, daß man auf einen Bruch mit der seitherigen Politik des reformistischen Flickwerks drängte; daß man von dem Kompromisseln um kleine Verbesserungen, das schließlich nur noch ein einziges Rückzugsgefecht wurde, genug hatte; daß man eine gründliche Aenderung, überhaupt

eine grundsätzliche Politik verlangte.

Es ist eine zwar unklare, eine zerfahrene, aber dennoch eine in gewissem Sinne revolutionäre Stimmung, die die Wählermassen, die sich für Hitler entschieden, erfüllt hat. Das übersehen zu wollen, hieße die Situation verkennen. Und zwar erfüllt diese Stimmung gleichermaßen den zertrampelten Mittelstand, das Kleingewerbe, die Angestellten- und Beamtenschaft, den steuerüberlasteten Bauern wie den Erwerbslosen. Alle sind sie von einer einheitlich revolutionären Stimmung erfüllt, wenn ihr revolutionäres Wollen schließlich auch die entgegengesetztesten Ziele sucht. Und allen erschien die Hitlerpartei als die diesem revolutionären Wollen entsprechende, und deshalb gaben sie ihr die Stimme.

Wieso aber konnte gerade die Nationalsozialistische Partei, die sozial reaktionärste Partei, ihnen als der Ausdruck ihres revolutionären Willens erscheinen?

Hier ist eine Erinnerung an die ökonomische Struktur des Hessenlandes am Platze. Hessen ist vorwiegend ländlichen Charakters; es besitzt nur wenige Industrieplätze; Kleinbauer und Kleinbürger geben ihm weitgehend das Gepräge. Diese Kleinbauern und Kleinbürger aber, wenn sie auf eine grundsätzliche Aenderung des Systems drängen, meinen damit kaum eine soziale Revolution in der Richtung auf eine sozialistische Ordnung hin, sondern nur eine Aenderung des politischen Systems, von der sie sich eine Linderung ihrer Situation versprechen, ohne daß an den wirtschaftlichen Grundlagen gerüttelt wird. Einer solch unklaren revolutionären Sehnsucht, die

die soziale Grundlage gar nicht in den Kreis ihrer Betrachtung zieht,

sondern als unveränderlich und ewig vorausgesetzt, konnte die scheinrevolutionäre Bewegung des Nationalsozialismus natürlich nur entgegenkommen.

Aus diesen Kreisen rekrutieren sich die Hauptmassen der nationalsozialistischen Wähler. Aber sie rekrutieren sich auch z. T. aus solchen Kreisen, die in ihrem revolutionären Wollen von vornherein die soziale Revolution meinen, aus proletarischen Kreisen, die wirklich und tatsächlich den Sozialismus wolen. Daß diese von der sozialistischen Bewegung weg und ins entgegengesetzte Lager getrieben wurden, liegt am „Versagen des Marxismus", wie die Nationalsozialisten das nennen. Diese Parole konnte den proletarischen Wählern Hitlers deswegen so einleuchten, weil sie ihren Grund in der Tatsache hat, daß die Partei ,die sich marxistisch nennt, versagt. Der Marxismus sollte der revolutionären Haltung dieser Kreise doppelt entgegenkommen, einmal indem er sie bestätigte, zum andern, indem er sie fruchtbar machte und ihr klare Wege und Ziele wies; aber die natürlich zum Marxismus getriebenen revolutionär aufgewühlten Arbeiter fanden in der sich marxistisch und sozialistisch nennenden Sozialdemokratischen Partei nicht den revolutionären, sozialistischen Geist, den sie suchten; und das Versagen dieser „sozialistischen" Partei wirkte sich weitergehend zu einer Diskreditierung der proletarisch-sozialistischen Bewegung überhaupt aus und verhinderte vielfach auch, daß die Arbeiter — es handelt sich vor allem um Jungarbeiter, Arbeitslose usw. — in die KPD vorstießen, die sich im übrigen zwar revolutionär gab, aber durch ihre Politik auch nicht dazu beitrug, das von der Sozialdemokratie erschütterte Vertrauen zum Marxismus in den Augen dieser Schichten wieder herzustellen. Hier kam ihnen Hitlers Pseudo-Revolutionarität bequem entgegen.

Die erste Voraussetzung dafür, den Nationalsozialismus aus den Reihen des Proletariats fernzuhalten und, wo er eingedrungen ist, wieder zu vertreiben, ist:

den Glauben an den proletarischen Sozialismus in diesen Massen wieder wachzurufen.

Das schwerste Hindernis auf diesem Weg waren bisher der Resormismus und die praktische Politik der SPD einerseits und die Atmosphäre des Mißtrauens gegen eine mögliche proletarisch-sozialistische Bewegung überhaupt, die der hemmungslose Kampf der beiden sich sozialistisch nennenden Arbeiterparteien gegeneinander hervorgerufen hat. Nötig ist also eine konsequente revolutionäre Politik einmal, zum andern aber auch die Ueberwindung jener lähmenden Atmosphäre des proletarischen Bruderkampfes, wie sie seither herrschte. Nötig ist die

Wiederaufrichtung einer proletarischen Einheitsfront unter eindeutig revolutionären Parolen.

Hier liegt die historische Aufgabe der SAP. Einmal wird ihr aufgetragen sein, die sozialdemokratischen Arbeiter aus dem Banne des Reformismus zu lösen, zum andern, eine organisatorische Form zu finden, in der alle revolutionären Arbeiter, gleich welcher Schattierung, in der Diskussion des revolutionären Wollens zusammentreffen und von der aus sie zu gemeinsamen Aktionen nach außen hin vorstoßen können.

Die Aufgabe ist nicht von heute auf morgen zu lösen. Die Arbeit an ihr wird eine Weile brauchen, um sich nach außen auszuwirken. Wenn wir nach vierwöchentlichem Bestehen noch nicht den unüberwindlichen Wall gegen das Eindringen der Nazis in die proletarischen Reihen gebildet haben, so wundert das niemanden. Aber wir werden auch nach sechs Monaten noch nicht das Proletariat von den Nazis gereinigt haben. Zuerst wird sich der Sinn der SAP innerhalb des Proletariats auswirken, ehe der eklatante, aktive Erfolg nach außen hin sichtbar wird. Und auch diese innere Wirkung der SAP im Proletariat wird nicht so aussehen, daß wir nun unbedingt etwa unsere Partei auf Kosten der anderen proletarisch-revolutionären Parteien vergrößern müssen, sondern so, daß wir mit unserem Auftreten eine Verbreiterung der revolutionären Front innerhalb der den Sozialismus erstrebenden Arbeiterbewegung in Erscheinung tritt. Und gerade in dieser Hinsicht sind die Hessenwahlen sehr lehrreich.

Das wohl wichtigste Erlebnis für die Arbeiterschaft war in diesem Wahlkampf, daß innerhalb ihrer Versammlungen wieder Diskussionen über die revolutionären Ziele und den revolutionären Weg möglich waren, daß nicht mehr in der einen Versammlung ein reformistisches Vaterunser heruntergebetet wurde und in der andern ein kommunistisches, und daß die der einen Richtung organisatorisch Zugehörenden von den Reden der andern nichts mitnahmen als die Ueberzeugung, daß die andern für ihre Partei eine Gefahr bedeuten. Dadurch sind die beiden seither von ihren Apparaten sorgfälig gegeneinander abgekapselten Mitgliedschaften wieder in Fluß gekommen, die überlieferten Denkschemen wurden durchbrochen, das die proletarischen Massen gemeinsam beseelende Wollen hat wieder stärkere Betonung erhalten. Wenn wir das Resultat ansehen, so zeigt es eine

ganz klare Entwicklung nach der revolutionären Seite hin,

und zwar ist diese Entwicklung zahlenmäßig viel stärker als etwa bei den Wahlen in Hamburg oder Anhalt. Daß einstweilen als Partei die KPD einen größeren Vorteil in dieser Entwicklung gehabt hat als die SAP, ist begreiflich durch die vorläufig noch gegebene gewaltige Ueberlegenheit des KPD-Apparats und die Neuheit unseres Auftretens. Man muß hier verstehen, die besonderen Gesichtspunkte seiner Partei unter die wesentliche Entwicklung der Gesamtarbeiterschaft unterzuordnen; und diese Entwicklung ist eine für uns als revolutionäre Sozialisten erfreuliche: vom Reformismus zur Revolution. An der stärkeren Gewalt dieser Entwicklung gegenüber Hamburg und Anhalt hat das Auftreten der SAP im Wahlkampf mit den geschilderten Möglichkeiten seinen erfreulichen Anteil.

Zahlenmäßig nimmt sich das so aus: In ihrer Gesamtheit hat die Arbeiterschaft gegenüber den bürgerlichen Parteien, das heißt ohne weiteres gegenüber den Nazis, noch nicht einmal ganz 2000 Stimmen gegen die Reichstagswahlen 1930 verloren. Der Verlust der Sozialdemokratie, der die stattliche Zahl von rund 47 400 beträgt, offenbart sich zum größten Teil als eine Hinwanderung der Arbeiter zu den revolutionären Arbeiterparteien, von denen die Kommunisten rund 22 200 aufnahmen, die KPO 15 000, die SAP 8200. Dieser Revolutionierungsprozeß der Arbeiterschaft aber wird die natürliche Abwehr gegenüber dem Eindringen des Nationalsozialismus in das Proletariat schaffen. Und diese Ansätze sind vorläufig das Positivum innerhalb des mit Recht als ungeheuerlich empfundenen hessischen Wahlresultats. Es war höchste Zeit, daß dieser Prozeß einsetzte! Die Situation erheischt seine rapide Weiterentwicklung. In seiner Mitgestaltung und schließlich in der Uebernahme seiner Führung besteht die wichtigste Aufgabe der SAP.

Das ist Japans „Polizeiaktion!"

Tsitsikar besetzt

Das Wirtschaftszentrum der Mandschurei erobert

London, 18. November

Reuter melde taus Tokio, daß die japanischen Streitkräfte in der Mandschurei Tsitsikar erobert haben.

*

Nachrichten aus Tokio zufolge belaufen sich die Gesamtverluste der Chinesen bei den Kämpfen am Mittwoch auf 300 Tote und über 3000 Verwundete, während die Japaner nur 800 Tote und Verwundete zu verzeichnen haben sollen. Nach der Besetzung Tsitsikars erließen die Japaner einen Aufruf, in dem den chinesischen Bewohnern voller Schutz für ihr Leben und Eigentum zugesichert wird. Es wird noch bekannt, daß das Gefecht am Mittwoch bei 15 Grad Kälte stattfand und die Japaner teilweise auf Skiern vorrückten. General Tschanghsueliang soll Verstärkungen heranziehen. Nach japanischen Meldungen beabsichtige er, die Taonan-Eisenbahn zu zerstören, um die japanische Armee abzuschneiden.

Das japanische Kriegsministerium veröffentlicht eine Bekanntmachung, in der es heißt, daß die Japaner nicht beabsichtigten, die chinesische Ostbahn zu besetzen, solange General Mas Truppen die Linie nicht benutzen würden. Die Japaner würden sich südwärts nach Taonan und Tschangtschun zurückziehen, sobald die Chinesen vollkommen geschlagen seien.

Der chinesische Aufständischengeneral Hsiaotscheng, ein Verwandter des Marschalls Tschanghsueliang, hat den Versuch gemacht, die Stadt Tschintschau zu erobern. Er wurde von regulären chinesischen Truppen, die er zunächst für befreundet hielt, umzingelt, gefangengenommen und mit seinem ganzen Stabe hingerichtet.

300 gegen 4000!

Tokio, 19. November.

In den letzten Gefechten zwischen Chinesen und Japanern sollen sich die Verluste der Japaner auf 300 Tote und Verwundete belaufen haben, die der Chinesen auf fast 4000. Matschangschens beste Truppen sollen der Vernichtung entgangen sein, weil sie sofort den Rückzug antraten, als sie merkten, daß die Lage kritisch wurde. In der Nordmandschurei soll jetzt Ruhe herrschen (!).

Die „Erfolge" verdanken die Japaner wohl der Luftwaffe, während die Chinesen über dieses technische Kriegsmittel wohl nicht verfügten.

Ein erster Schritt

Einigung in Paris

Deutsche Note für Einberufung des Untersuchungsausschusses der BIZ vor der Absendung

Paris, 19. November.

Der deutsche Antrag auf Einberufung des Baseler Untersuchungsausschusses, der der französischen Regierung zur Kenntnisnahme übermittelt wurde, scheint bei den amtlichen französischen Stellen nicht die Zustimmung gefunden zu haben, die man nach den langwierigen Verhandlungen hätte erwarten können.

Die Reichsregierung erklärt in dieser Note, daß der Ausschuß nicht nur die Zahlungsfähigkeit Deutschlands vom Standpunkt der Reparationen aus zu behandeln habe, sondern sich gleichzeitig mit der Rückzahlung der kurzfristigen Kredite beschäftigen müsse.

Das „Echo de Paris" erklärt in diesem Zusammenhang, daß der französische Ministerpräsident sich entschlossen habe, diesem Wortlaut nicht restlos zuzustimmen, daß er aber andererseits seiner Entsendung an die BIZ keine Schwierigkeiten entgegenstellen wolle. Er mache nur ausdrücklich den Vorbehalt, daß die kurzfristigen Kredite keine Regierungsangelegenheit seien und daher von einem Sonderausschuß behandelt werden müßten, der von den Gläubigern und dem Schuldner eingesetzt werde. Durch diese Haltung wolle er verhindern, daß ihm später der Wortlaut des deutschen Antrages entgegengehalten werde und daß man daraus die Verpflichtung ableite, die kurzfristigen Kredite mit den Reparationen zu verbinden.

Was die Verzögerung der Ueberreichung des deutschen Antrags bei der BIZ anlangt, so glaubt das Blatt, sie auf den Wunsch der französischen Regierung zurückführen zu können, die über gewisse Punkte in bezug auf die kurzfristigen Kredite noch um ergänzende Aufklärungen gebeten habe.

* * *

Das Wesentliche an dieser Meldung ist, daß die Dinge endlich in Fluß zu kommen scheinen, daß die deutsche Regierung entgegen oft propagierten Parolen mit der Einberufung des Baseler Untersuchungsausschusses die rechtliche Weiterexistenz des Young-Planes anerkannt hat. Von französischer Seite ist dagegen anscheinend die Konzession gemacht worden, die Untersuchung auf die Gesamtlage Deutschlands auszudehnen, also auch die Frage der kurzfristigen Schulden mit in den Bereich der Untersuchungen zu ziehen. Von einem Vorrang der kurzfristigen Schulden scheint nicht mehr die Rede zu sein. Die Differenzpunkte, die zwischen Deutschland und Frankreich noch zu klären sind, dürften sich nur darauf erstrecken, daß mit der Gleichzeitigkeit der Untersuchung eine Verbindung zwischen Reparationen und kurzfristigen Schulden für die späteren Erörterungen rechtlich nicht vorgenommen ist.

Es ist unzweifelhaft ein Fortschritt, eine notwendige Konzession, die Deutschland gemacht hat. Es hat den Weg nach Paris gefunden, ohne daß es zu „Demütigungen" gezwungen worden wäre. Es ist freilich nur der erste Schritt, es werden noch manche Steine auf diesem Wege zu finden sein, und unsere „nationalen" Männer werden nicht verfehlen, möglichst viel Knüppel zwischen die Beine der Verhandlungspartner zu werfen. Die deutsche Regierung hätte es leichter gehabt, wenn sie nicht vorher mit in die nationale Trompete geblasen hätte.

Indien droht mit neuem Kampf

Kalkutta, 18. November.

Der Führer der Swaraj-Bewegung, Pandit Jawarhalal Nehru, erklärte in einer heute hier abgehaltenen öffentlichen Kundgebung, es sei unmöglich, daß Indien ohne neuen Kampf zur Selbstherrschaft komme. Der Ausbruch dieses Kampfes könne in nicht allzu langer Zeit erwartet werden. Der augenblickliche Waffenstillstand schaffe eine unhaltbare Lage und es sei Gebot der Stunde, ihr rasch ein Ende zu setzen. Nehru fügte hinzu: **Wenn es sich als notwendig erweisen sollte, so werden wir die allindische passive Resistenz wieder aufleben lassen, ohne erst Gandhis Rückkunft zu erwarten.** Wir sind dazu bereit, obwohl wir wissen, daß Gandhi in Terrorakten den Ausdruck der Verzweiflung sieht, und sie daher ablehnt.

Kurz, aber folgenschwer

London, 19. November.

Das Unterhaus nahm in zweiter Lesung das Gesetz über die Einfuhrbeschränkungen (Schutzzoll. Red.) mit 376 gegen 47 Stimmen an.

Vor großem Streik in Schweden

Stockholm, 18. November.

Die Verhandlungen über einen neuen Lohntarif in der Maschinenindustrie sind heute abend ergebnislos abgebrochen worden. Die Arbeitgeber erfordern eine Lohnsenkung, die von den Arbeitern abgelehnt wird. Von dem Streit werden 63 500 Mann betroffen.

Neue Arbeit für Zörgiebel

Dortmund, 19. November

Wie wir erfahren, ist als Nachfolger des verstorbenen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Lübbring in Dortmund der frühere Berliner Polizeipräsident Zörgiebel in Aussicht genommen. Eine Zusage liegt von Zörgiebel jedoch noch nicht vor.

Daß blos die Generäle nicht hungern müssen!

Berlin, 19. November

Die Anwesenheit der Vertreter der deutschnationalen Fraktion in der Donnerstagsitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages ist, wie die Telegraphen-Union erfährt, auf den Wunsch zurückzuführen, gegen etwa beabsichtigte neue Pensionskürzungen entschieden Stellung nehmen zu können.

Gegen 3 Millionen Arbeitslose in Japan

Nach den Angaben des japanischen Innenministeriums hat die Zählung der unterstützungsbedürftigen Arbeitslosen in den 22 größten japanischen Städten die Zahl von 2 840 000 Mann ergeben.

Vor Steuererhöhungen in Amerika. Nach einer Konferenz mit Präsident Hoover erklärten sich die republikanischen Führer bereit, in der kommenden Tagung des Kongresses für Steuererhöhungen einzutreten, um das Defizit auszugleichen, das schätzungsweise 1½ Milliarden Dollar betragen wird.

Die englische Regierungsgarantie für die Rußlandgeschäfte. Der Sekretär des Ueberseeamtes, Colville, kam gelegentlich einer Anfrage im Unterhaus auf die kürzlich bewilligte Regierungsgarantie für Exportkredite nach Rußland zu sprechen und sagte, daß sich die Garantie nur auf Kredite mit einer Laufzeit bis höchstens zwölf Monate erstrecke.

Die Arbeitslosigkeit in USA. Der amerikanische Gewerkschaftsbund schätzt die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten auf 6 200 000. (Was wohl hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Red.)

Nur ein englischer Versuchsballon. Wie die Agence Havas berichtet, entbehrt die aus englischer Quelle stammende Nachricht, die französische Regierung sei geneigt, König Feisal den syrischen Thron anzubieten, jeder Begründung.

Hessen-Landtag am 8. Dezember. Nach Artikel 22 der Hessischen Verfassung wird der neugewählte hessische Landtag am 8. Dezember zusammentreten. Der alte Landtag läuft nach den Verfassungsbestimmungen erst am 7. Dezember ab.

Böß gesteht

(Fortsetzung von Seite 1.)

Böß bestreitet, daß die Hergabe von Mitteln an Bedingungen geknüpft worden sei. Sie hätten auch gar keinen so großen Umfang gehabt, daß man sie mit den Lieferungen in Verbindung bringen konnte.

Vors.: **Haben Sie Geldspenden durch Formulare angefordert?**

Böß: Nur einmal bei der Filchner-Spende habe ich mich bei presönlichen Bekannten eingesetzt.

Vors.: Waren das Lieferanten der Stadt?

Böß: Jawohl, aber auch andere.

Vors.: Wurden auch Summen genannt?

Böß: Man fragte mich: Was brauchen Sie denn? Und dann wurden Summen genannt.

Vors.: Haben Sie zu Stadträten die Aeußerung getan: **„Die Herren, die mit der Stadt arbeiten, müssen auch Geld geben."?**

Böß gibt diese Aeußerung zu, aber man könne das nicht so auffassen, daß Bedingungen an Lieferanten geknüpft purden.

Vors.: Sind Sie an den Kommerzienrat Schöndorf von Karstadt herangetreten?

Böß: Jawohl.

Vors.: Für Gegenleistungen der Stadt?

Böß: Karstadt hat städtische Grundstücke erworben. Ich habe mich sehr für die Uebersiedlung der Fa. Karstadt nach Berlin eingesetzt.

Vors.: Haben Sie persönlich über Spenden verfügt?

Böß: Jawohl, ich habe darüber durch Direktor Hanig Buch führen lassen.

Damit ist der Beweis der Verteidigung über das Spendensystem Böß vollkommen geglückt.

Staatsanw.: Sind auch Aufstockungen von Gebäuden von Spenden abhängig gemacht worden und hat der Oberpräsident erst dagegen einschreiten müssen?

Böß: Wenn durch solche großen Geschäftsgebäude der Bevölkerung Licht, Luft und Sonne genommen wurden, so konnten die Herren auch etwas zum Ausgleich für Parks und Sportplätze geben.

Auch die Fa. Bechstein hat 1000 M. gespendet und dafür von der Schulverwaltung Lieferungen erhalten.

„Wir müssen die Klavierindustrie fördern", hat Böß diese Lieferungen begründet. Böß muß schließlich auch zugeben, beim Empfang einer Spende durch die Fa. Israel dieser

eine Zusage für Lieferungen gegeben zu haben,

ist aber dabei auf Widerstände gestoßen.

Die Vernehmung wendet sich dann dem Monopolvertrag zu, über den noch ausführlich berichtet werden wird.

Freitag um 9 Uhr wird Bürgermeister Scholtz vernommen.

Beilage zur SAZ

1. Jahrgang Nr. 16
Freitag, 20. November 1931

Die deutsche Novemberrevolution

6. Fortsetzung

Von Georg Ledebour

7. und 8. November drei Aufrufe zum Massenstreik und Endkampf

Endlich war es so weit, daß weder die Demonstrations-Strategen noch die Flaumacher noch Widerspruch erhoben gegen den Massenstreik zur Herbeiführung des Endkampfes. Den Anstoß dazu gab die Verhaftung des Genossen Däumig am 7. November. Wir hatten daraufhin schleunigst die Aktions-Zentrale nach einem sichern Ort zusammengetrommelt. Es kamen indes kaum zehn Genossen zusammen. Auch Karl Liebknecht und Emil Barth fehlten. Wir mußten also auch mit deren Verhaftung rechnen. Zögern gab's nicht mehr.

Ich hatte einen knapp gehaltenen Aufruf im Sinne meines Aufrufs vom 2. November entworfen und verlas ihn sofort. Er wurde einstimmig angenommen. Wir beschlossen, ihn von der gesamten Aktions-Zentrale unterzeichnen zu lassen. Der spartakistische Genosse Ernst Meyer übernahm es, ihn sofort zur Vervielfältigung von einer Genossin in einem andern Zimmer des Hauses auf der Schreibmaschine abtippen zu lassen.

Außer Meyer war noch ein anderer Spartakist, Franke aus Neukölln, anwesend. Während wir auf die Rückkehr Meyers warteten, nahm Franke das Wort. Er wies darauf hin, daß wir mit der Verhaftung Karl Liebknechts zu rechnen hätten. Würden wir nun den Aufruf auch mit seinem Namen unterzeichnen, so würden wir ihn auf das Höchste gefährden. Würden wir aber seinen Namen unter dem Aufruf fortlassen, so könnten die Genossen glauben, daß er nicht dabei sein wolle. Das dürften wir ihm doch auch nicht antun. Es bliebe deshalb doch nur übrig, den Aufruf ohne Unterschriften hinausgehen zu lassen. So schwer uns das ankam, da es uns natürlich vollkommen klar war, daß ein Aufruf zum Massenstreik ohne Unterschriften nicht die Wirkung haben könne, wie ein unterzeichneter Aufruf, gaben wir doch dem Verlangen Frankes nach. Wir verabredeten, daß die Aufforderung zum Massenstreik in alle Betriebe durch Boten gebracht werden solle. Ich betone also ausdrücklich: Nur aus Rücksicht auf den nichtanwesenden Karl Liebknecht ist auf Betreiben des Spartakisten Franke-Neukölln der Beschluß, durch einen von uns allen namentlich unterzeichneten Aufruf, den Massenstreik herbeizuführen, rückgängig gemacht worden. Wir verließen uns darauf, daß die Lage hinreichend geklärt war, um auch so die Massen auf die Beine zu bringen.

Nach einiger Zeit kam Ernst Meyer wieder zurück. Ich teilte ihm sofort mit, was wir auf die Befürwortung seines Freundes Franke hin beschlossen hatten. Es fiel mir zwar auf, daß er keine Miene verzog und kein Wort sagte, aber da kühle Unaufgeregtheit seinem Wesen entsprach, dachte ich mir weiter nichts dabei, versäumte es auch, mir das Manuskript, das ja während dieser Zeit noch abgetippt wurde, zurückgeben zu lassen.

Ich war denn doch aber baß erstaunt, als ich am folgenden Tage, nach erfolgtem Endsieg, ein Flugblatt in die Hand bekam, das den Text des von mir entworfenen Aufrufs mit unwesentlichen Aenderungen wiedergab, das aber **nur unterzeichnet war von — Karl Liebknecht und Ernst Meyer.**

Es machte den Eindruck, daß dieses Schwindelmanöver, um für die Spartakisten den Ruhm zu ergattern, daß sie allein damals zum Massenstreik aufgerufen hätten, zunächst ausschließlich von Ernst Meyer ausgeklügelt wurde. Denn einige Zeit nachher erließ Karl Liebknecht eine Erklärung, daß der Genosse Ernst Meyer zwar ohne ihn zu fragen, seinen Namen mit unter den Aufruf gesetzt habe, er sei aber vollständig einverstanden damit. Zum mindesten mußte aber Ernst Meyer doch gewußt haben, daß Karl Liebknecht vollkommen in Sicherheit war und durch die Anbringung seines Namens unter dem Aufruf gar nicht gefährdet werden könne. Denn sonst wäre das Verfahren Ernst Meyers auf eine geflissentliche Gefährdung Karl Liebknechts hinausgekommen. Wußte er aber Liebknecht in Sicherheit, dann war es seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit, uns sofort auf die Mitteilung von Frankes Einspruch hin zu erklären: „Ich weiß, daß Liebknecht in Sicherheit ist. Ich kann ihn benachrichtigen. Der Aufruf kann mit unser aller Namen unterzeichnet hinausgehen."

Das Meyersche Manöver ist nun insofern nicht völlig gelungen, als dennoch außerdem noch ein mit mehreren Namen unterzeichneter Aufruf gleichzeitig erlassen wurde. Ich erwähnte, daß auch Emil Barth nicht erschien. Er war aus irgendwelchen Gründen anderswohin verschlagen worden. Außer ihm fand sich nur noch der Genosse Eckert (zu den revolutionären Obleuten gehörig) dort ein. Barth, gleichfalls von der Ueberzeugung durchdrungen, daß nicht einen Augenblick länger gewartet werden dürfe, entwarf einen kurzen Aufruf zum Massenstreik und Kampf für die sozialistische Republik. Er unterzeichnete ihn:

Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- u. Soldatenrats
Barth, Brühl, Eckert, Franke, Haase, Ledebour, Liebknecht, Neuendorf, Pieck, Wegman.

Er schickte dann Boten an alle Unterzeichneten mit der Aufforderung, sie möchten die Nacht über nicht zu Hause bleiben. Ich selbst habe dann mit unseren Parteisekretären Dittmann und Vogtherr zusammen im Reichstag übernachtet.

Diese Vorgänge muß man kennen, um es vollauf würdigen zu können, wenn die Kommunisten aller Richtungen heute noch damit renommieren, daß nur die Spartakisten, nicht aber die anderen Teilnehmer an jener entscheidenden Sitzung den Mut aufgebracht hätten, am 8. November zum revolutionären Endkampf aufzufordern.

(Weitere Artikel folgen.)

Berlin in Sack und Asche

Oder: Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben

Berlin, 19. November

Wir hätten also wieder einmal einen Bußtag hinter uns. Wer hat sich über ihn gefreut? Allenfalls die Schüler, die frei bekamen. Die Erwachsenen höchstens, soweit sie in fester Stellung sitzen. Der Proletarier verliert einen Tagelohn; Geschäftsleute und Musiker sind geschädigt. Die Pastoren allein finden die gesetzlich vorgeschriebene Jammerstimmung herrlich und ganz in der Ordnung und lassen ihre wirkungsvollsten Jeremiaden vom Stapel. Herr Brüning nimmt die Gelegenheit wahr, um im Rundfunk die Herzen für die Winterhilfe weichzukneten. Das kostet nichts und macht einen guten Eindruck.

Eine moralische Notverordnung, dieser gesetzliche Jammertag. Und zwar nicht eine von heute, sondern eine aus den alten Tagen, in denen wir noch „herrlichen Zeiten entgegengeführt" werden sollten: ein Vermächtnis aus der Monarchie, die ihre Untertanen nicht allein mit Bajonetten und Maulkörben zur Raison brachte, sondern auch mit der Heiligen Schrift. Jener fette Korporal könnte sich den Bußtag ausgedacht haben, der mit dem Rohrstock in den Straßen herumspazierte und alles verprügelte, was ihm in den Weg lief mit den klassischen Worten „Ihr sollt mich lieben, ihr Kanaillen!" Vermutlich stammt die Einrichtung aus jüngerer Zeit — aber das ist unerheblich: ihr geistiger Vater ist der Militärdespotismus, der die Kirche zur getreuen Gehilfin seiner Unterdrückungsmethoden erniedrigte. Jedes Jahr frägt man sich aufs neue:

Warum ist dieser Unfug nicht abgeschafft worden in der „freiesten aller Republiken?"

Ein einziges Mal hat Herr Zörgiebel, der Kartätschenprinz vom Mai 1929, versucht, diesen alten Zopf abzuschneiden und wenigstens die Verbote für die Vergnügungsstätten aufzuheben. Aber dann bekam er plötzlich wieder Angst vor der bescheidenen Polizeikourage und zog kleinlaut alles wieder zurück. Es blieb alles beim alten. Die Unternehmer, die sich bereits auf den veränderten Zustand eingerichtet un dihr Personal verpflichtet hatten, waren genasführt. Sein Nachfolger Grzesinski tut gar nicht erst dergleichen. Die Brüningmänner würden ihm schön auf den Kopf kommen...

Also wurde wieder einmal treu und brav die Kultursperre über die Reichshauptstadt verhängt. Viereinhalb Millionen Menschen durften außer geistlicher, d. h. mit geringen Ausnahmen sehr langweiliger, keine Musik hören. Sie durften keine Museen besuchen und keine Bibliotheken. Nahmen sie zum Rundfunk ihre Zuflucht, so hörten sie eine Morgenfeier mit Glockengebimmel und folgenden Texten: „Wenn wir in höchsten Nöten sein" — „Meine Lippen sind stumm" — „Keines Menschen Alltag ist frei von erbärmlichen Stunden" (Wie zeitgemäß!) — „Ach, daß ich Wassers genug hätte in meinem Haupte und meine Tränenquellen wären" — „Willst du Gottes Diener sein, so schicke dich zur Anfechtung" (Wie macht man das?) — „Es ist ein köstlich Ding, geduldig sein und auf des Herrn Hilfe hoffen". (Vielleicht war das ein sinniger Hinweis auf das persönliche Auftreten des Herrn Reichskanzlers am Abend). Wie immer — es wurde dann noch georgelt, Arien und Lieder wandelten ebenfalls im Bußgewand einher, und sogar auf dem Klavier ging es geistlich zu: „Der heilige Franziskus über die Wogen schreitend". Ein Vortrag führte uns ins „Heilige Land", Orchesterkonzerte befleißigten sich würdiger Haltung, und nur Thomas Mann fiel mit seiner „Fiorenza" etwas aus dem trübsinnigen Rahmen heraus.

Soweit der Rundfunk. Theater und Film mußten sich ebenfalls umstellen. Der „Kongreß" durfte natürlich an diesem Tage nicht „tanzen" — statt dessen wehten „Stürme über dem Mont Blanc". „Bomben auf Monte Carlo" wurden ersetzt durch das höchst private Herzenserlebnis der Bergner als „Ariane". „Herzen in Flammen" ist zwar eine sehr betrübliche Geschichte — aber offenbar gefiel der Titel einem Herrn im Polizeipräsidium nicht — kurzum: es gab das „Flötenkonzert von Sanssouci". Allerdings eine herbe Buße. Auch das amerikanische Rührstück „Die fremde Mutter" durfte auf die Tränendrüsen drücken und „Arm wie eine Kirchenmaus" samt der Pariser Bordellszene über die Leinwand huschen. Man scheint sich tatsächlich mehr an die Titel als an den Inhalt der Filme gehalten zu haben. Die Militärschwänke „Reserve hat Ruh" und „Liebeskommando" blieben unbehelligt. Unter militärischer Bedeckung darf man selbst am Bußtag getrost schweinigeln. Da sagt niemand was!

Auf den Theaterbühnen mußten „Geschichten aus dem Wiener Wald" durch — „Kabale und Liebe" ersetzt werden (Schiller als Lückenbüßer in der Bußtagsverlegenheit). Die „Heilige aus U.S.A." hatte dem „Nürnbergischen Ei" Platz zu machen (nicht zu verwechseln mit dem „Nürnberger Trichter"!), die „Blume von Hawai" der erbaulichen Dirnentragödie „Die Flamme" von Hans Müller. Auch das „Tagebuch einer Verlorenen" tauchte wieder auf — man dachte vermutlich an die „büßende Magdalena". Offenbar hat man in dem Titel „Das verfl... Geld" so etwas wie eine Aufreizung zum Klassenhaß erblickt — Geblieben sind die Operetten „Dreimäderlhaus" Gebileben sind die Operetten „Dreimäderlhaus" und „Das Land des Lächelns". Auch von diesen Werken versprach man sich eine ästhetische Buße. Erst recht von dem Stück im „Deutschen Nationaltheater" der Nazis „Es brennt an der Grenze". Hingegen wurde „Der Meckerfritze" abgesetzt. Am Bußtag hat niemand zu meckern.

Das alles ist typisch für die abgründige Gedankenlosigkeit, mit der in Preußen-Deutschland regiert wird. Nur, weil man nicht am Bestehenden zu rütteln wagt, führt man diese unwürdige Komödie auf. **Das klerikale Opium soll die Massen der hungernden und frierenden Proletarier über ihr Elend hinwegtäuschen.**

Sesam.

Protest gegen die „Deutsche Welle"

Einen Protest gegen die Rußlandvorträge der „Deutschen Welle", welche nichts anderes als eine raffinierte antirussische Hetze darstellen, hat die „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland" veröffentlicht. Diesem Protest müssen sich alle Sozialisten anschließen; es muß nachdrücklichst verlangt werden, daß der Königswusterhausener Sender endlich einmal auch Anhänger Sowjetrußlands zu Worte kommen läßt. Das brennend wichtige Thema verdient eine gründliche Diskussion, daher muß bei der Referentenbestellung der Grundsatz strengster Parität durchgeführt werden.

Gewiß, auch der Rundfunk ist eine Institution des kapitalistischen Klassenstaates. Aber das Hauptkontingent der Radiohörer wird vom Proletariat gestellt. Und daher wollen wir immer wieder den Ruf ertönen lassen: Schluß mit der Antirußland-Propaganda; Schluß mit dem Kreuzzug gegen das marxistische Proletariat!

Werktätige Hörer, aufgewacht!

Das russische Riesenreich

Nach der „Ekonomitscheskaja Schisnj" zählte die Sowjetunion im Jahre 1929: 154,4 Millionen, 1930: 157,7 und in diesem Jahre 163 Millionen Einwohner. Die Zahl der Stadtbevölkerung betrug im Jahre 1929: 29 Millionen, 1930: 30,3 Millionen und in diesem Jahre: 33,2 Millionen; auf dem Lande waren im Jahre 1929: 125,2 Millionen, 1930: 126,8 Millionen und in diesem Jahre: 129,8 Millionen Einwohner.

Die Bourgeoisie will sich amüsieren!

WTB. Berlin, 19. November.

Nach verschiedenen Zeitungsmeldungen soll Reichsfinanzminister Dietrich anläßlich seiner Anwesenheit in Hessen sich für die Einführung von Glücksspielen in Badeorten ausgesprochen haben. Diese Mitteilung ist unrichtig. Richtig ist vielmehr, daß Reichsfinanzminister Dietrich während seines Aufenthalts in Hessen Anregungen und Wünsche über Zulassung von Glücksspielen in Badeorten entgegengenommen hat, ohne selbst dazu Stellung zu nehmen.

Die Schleswiger Familientragödie

WTB. Schleswig, 19. November. Die Frau des Kreistagsabgeordneten Drogisten Grell, der sich, wie gemeldet, mit seiner ganzen Familie wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten vergiftet hat, ist schon bald nach der Ueberführung ins Krankenhaus ihren drei Kindern in den Tod gefolgt. Jetzt ist auch der Ehemann Grell der Vergiftung erlegen.

Traktoren zum Festhalten des Zeppelin-Luftschiffes

Friedrichshafen, 18. November. Auf dem Gelände der Luftschiffwerft wurde heute ein etwa halbstündiger Versuch angestellt, die großen Landetaue des Luftschiffes bei den Bodenmanövern statt durch Haltemannschaften durch Traktoren bedienen zu lassen. Die Versuche verliefen befriedigend.

Hungerkrawall in England

In einem Londoner Quartier ereigneten sich vor einem Büro für soziale Fürsorge Unruhen. Die Demonstranten warfen die Fensterscheiben mit Steinen ein. Die Polizei mußte energisch vorgehen. Vier Personen wurden verletzt, darunter ein Polizist.

Vom Hungertode bedroht

TU. London, 19. November.

Auf der Shetland-Insel Foula sind etwa 100 Einwohner vom Hungertode bedroht, da die Lebensmittelzufuhr infolge heftiger Stürme und anderer widriger Umstände seit zwei Monaten unterbrochen ist. Es sind Vorbereitungen getroffen worden, die Unglücklichen nach der Hauptinsel zu schaffen.

Schiffsuntergang im Schwarzen Meer

Budapest, 18. November. Nach hier eingetroffenen Zeitungsmeldungen aus Bukarest soll gestern abend auf dem Schwarzen Meer ein spanischer Dampfer von 7600 Tonnen mit einer Getreideladung untergegangen und die 25 Mann starke Besatzung ertrunken sein.

Panik auf einem Dampfer

Schanghai, 18. November. Auf dem Flußmotorschiff „Itu" brach heute mittag während der Fahrt auf dem Jangtse-Strom infolge der Explosion des Petroleumtanks ein Brand aus, der unter den 200 chinesischen Passagieren eine Panik hervorrief. Einige Passagiere sprangen über Bord und ertranken, andere wurden bei der Explosion selbst getötet. Insgesamt sind 14 Todesopfer zu beklagen. Der Geistesgegenwart des Kapitäns gelang es, das Schiff auf eine Sandbank laufen zu lassen, so daß alle anderen Passagiere gerettet werden konnten.

Von einer Granate in Stücke gerissen

Mährisch-Ostrau, 18. November.

Auf einer Wiese bei Losonc in der Nähe von Preßburg in der Slowakei ereignete sich eine furchtbare Granatexplosion, die drei Menschenleben forderte. In den letzten Tagen veranstaltete das Militär auf der Wiese eine Uebung, bei der eine Handgranate verloren ging. Das Militärkommando setzte für die Auffindung der Granate eine Belohnung von 25 tschechischen Kronen aus. Vier Hirten fanden die Granate und untersuchten sie am offenen Feuer. Ein 19jähriger Hirt schleuderte die Handgranate plötzlich ins Feuer. Im nächsten Augenblick explodierte die Granate und riß den Werfer und zwei weitere Hirten in Stücke.

Wirtschaft und Arbeit

Ein Palast in der Wallstraße

Die Kehrseite der gewerkschaftlichen Untätigkeit

Der ADGB faßt die deutschen Gewerkschaften zur mächtigsten Arbeiterorganisation der kapitalistischen Welt zusammen. Sein Schwergewicht gibt auch heute noch bei allen internationalen Gewerkschaftskongressen den Ausschlag, wobei die unter solchem Einfluß gefaßten Beschlüsse mit dem ganzen „Verantwortungsbewußtsein" ausgezeichnet sind, das auch in Deutschland selbst den Riesen Arbeit gegenüber dem Riesen Kapital immer mehr in seiner Abwehrkraft geschwächt und gefesselt hat. Der ADGB ist eine mächtige Organisation, aber seine innere Stärke tritt nicht in Erscheinung. Denn der ADGB lehnt es ab, die gesammelte Kraft seiner Mitglieder aufzubieten im Kampf gegen die immer frecher und provokatorischer auftretende Kapitalfront in Deutschland.

Unter den Argumenten, die man von gewerkschaftlicher Seite immer wieder hört, wenn die Mitglieder fordern, daß der Kampf gegen den Lohnabbau, gegen die Notverordnungen, gegen das Schlichtungsdiktat aufgenommen werden soll, ist auch immer die Klage über Geldmangel und die statistische Ausrechnung der finanziellen Belastung der Gewerkschaften. Um so eigentümlicher wirkt es, daß in dieser Situation der ADGB und die mit ihm befreundete „Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte" in Berlin Riesensummen investieren für Zwecke, die nichts mit dem proletarischen Klassenkampf, um so mehr aber mit dem Repräsentationsbedürfnis der bürokratischen Spitzen der Gewerkschaften zu tun haben.

Ein Berliner Mittagsblatt macht darüber folgende Mitteilungen:

In der Wallstraße wird demnächst der Erweiterungsbau der Arbeiterbank und gleichzeitig auch der des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes fertig. Von einem der oberen Stockwerke blickt man einem anderen Neubau in die Fenster: dem Fünf-Millionenhaus der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Das neue Gebäude der Arbeiterbank kostet ohne Inneneinrichtung mindestens drei Millionen Mark. Mit allen „Nebenausgaben" sind also eine ganze Anzahl Milionen in diesen beiden, von sozialen Organisationen errichteten Häusern, investiert worden. Die Frage, ob das notwendig war, mag sich jeder selbst beantworten. Vor zwei Jahren, als man zu bauen begann, herrschte Raummangel. Die Bank- und Gewerkschaftsleitung glaubte offenbar, mit einem Neubau diesem Uebelstand abhelfen zu müssen. Daß später Büroräume wie warme Semmeln zu haben sein würden, hatte niemand geahnt. Und dies mag zur Entschuldigung der Bauherren gelten.

Die Arbeiterbank bildet im Neubau ein Haus für sich, mit Sondereingang, großer Kassenschalterhalle unter Glasdach, einer mit Mosaik ausgestatteten Eingangshalle, Sondertreppen und Fahrstuhl bis zu den im ersten Stock befindlichen Direktionszimmer, sowie einem zweiten Zutritt von der Wallstraße her. Die jetzt von der Bank benötigten Räume werden überflüssig, m a n h o f f t, sie weitervermieten zu können. Im neuen Haus werden Tresore und sonstige Sicherheitsanlagen nach den letzten Erfahrungen der Technik eingebaut.

Ringsherum entsteht das neue Gewerkschaftshaus. Sechs-, zum Teil siebenstöckig, mit einem Turm von neun Stock Höhe (gleich sechsunddreißig Metern. Die Baupolizei verlangte ihn wegen des Paternosters. Ein Teil der Räume wird vom ADGB bezogen werden, der andere steht der Vermietung frei, müßte also vorläufig unbenutzt bleiben. Im obersten Stock wird ein Kasino für die Angestellten untergebracht, ebenfalls mit allem Komfort und neuzeitlicher Küche. Ganz oben ein Dachgarten, mit dem Paternoster zu erreichen. Daneben gibt es aber auch einen einfachen Personenaufzug.

Im ersten Stock liegt der große Sitzungssaal, der eine besondere Sehenswürdigkeit darstellt. Seine Größe nimmt zwei Etagen ein.

Die Ausstattung Zebranoholz. Die eine Seite sowie die Bedachung besteht fast nur aus Fenstern, um genügend Helligkeit in den Raum zu bringen. Die sechsteiligen Schiebetüren schließen sich mechanisch. Säulen stützen den Saal; sie enthalten gleichzeitig Lüftungsanlagen. Der Raum eignet sich auch für Filmvorführungen; es fehlt nicht an einer Tonfilmapparatur. Wer außer der Arbeiterbank hätte sie sonst noch aufzuweisen?

Wir sind auch der Meinung, daß für die Arbeiterschaft das Beste gerade gut genug ist, aber wir meinen dabei das Beste an Kampfwillen und Opfermut und nicht das Vornehmste und Modernste an Büroausstattung. Die Höhe des Turmes macht es weniger als die Energie gegen den Klassengegner. Wir pfeifen auf die Schönheit der architektonischen Gestaltung, solange Millionen deutscher Proletarier hungernd auf dem Pflaster liegen und hungernd in die Fabriken marschieren.

Es ist kein Zufall, daß ADGB und Arbeiterbank solche Paläste erstellen, ebenso wie es kein Zufall ist, daß die Krankenkassen ihren Mitgliedern gegenüber immer weniger leisten und gleichzeitig nach außen immer großartiger in die Erscheinung treten. Hier werden die Millionen festgelegt, die man zur Durchführung eines Streiks, zu Solidaritätsaktionen und zur Aufrüttelung der arbeitenden Massen nicht verfügbar hat. Man wird uns sagen, daß der Bau und seine Pläne schon begonnen waren, ehe die Krise hereinbrach. Aber der ADGB und die deutschen Gewerkschaften haben auch vor der Krise die notwendigen Kämpfe nicht geführt und finanziert. Darum und nur darum ist die Erstellung solcher Paläste so außerordentlich bedenklich. Die Gewerkschaftsmitglieder werden sich damit noch näher beschäftig

Sind dazu die Gelder der Arbeiterschaft da?

Kleine Anfrage

Bekanntlich hat die zusammengebrochene Frankfurter Versicherungsgesellschaft, deren Direktoren jetzt der Prozeß gemacht wird, eine Tochtergesellschaft gehabt. Diese Tochtergesellschaft, Allgemeine Betriebskredit-Gesellschaft mit Namen, finanzierte eine Reihe von Kreditgemeinschaften, die also Teilzahlungsverkäufe im Einzelhandel förderten. Nun war immer schon davon die Rede, daß Gelder der Arbeiterschaft in diesen Geschäften steckten, und man argwöhnte auch nicht unbeträchtliche Verluste.

Die Nachfolgerin der ABG wurde die Gefi, Gesellschaft für Finanzierung von Kreditgemeinschaften, die von einem außerordentlich wendigen und geschickten Mann namens Dr. Pariser geleitet wird. Ueber die Hintermänner schweigt er sich aus; er ließ lediglich manchmal durchblicken, daß neun Banken, Großbanken, die Finanzierung fortführten, die von der ABG begonnen und bekanntlich verloren wurde. Welches diese neun, oder nach anderen Meldungen nur acht Großbanken sind, weiß man nicht ganz genau, da im allgemeinen nur eine einzige als federführend auftritt. Da die Gefi auch noch nie einen Geschäftsbericht veröffentlicht hat, bekommt man auch von dieser Seite keinen näheren Aufschluß.

Wir wollen diesen mysteriösen Schleier ein wenig lüften. Eine der Banken ist die Bank der Arbeiterschaft. Ihr Leiter, der ehemalige Staatsanwalt und Geheimrat Bachem, der neuerdings dem Wirtschaftsbeirat angehört, war schon immer ein Förderer des Stotterns im Handel. Und so wurden von der Arbeiterbank auch in, dem Vernehmen nach nicht geringen Beträgen Wechsel von Teilzahlungsgeschäften diskontiert, deren Einlösungstermin und Eingangswert man nicht selten „raten" mußte, wenn überhaupt etwas wieder hereinkam. Bei den bekannten Pleiten im Berliner Teilzahlungsgeschäft dürfte die Arbeiterbank stets beteiligt sein; vielleicht gibt sie einmal bekannt, wieviel die Arbeiterschaft bei den Zusammenbrüchen Möbel-Kohn und Adolf Kahn verloren hat? Und wieviel sonst noch bei der Gefi-Finanzierung? Herr Dr. Pariser schweigt sich ja aus; er nennt seine Banken nicht, nennt seine Umsätze nicht, auch wenn er sie als groß bezeichnet — ein vager Begriff! — und spricht selbstredend nicht über Geschäfte und Verluste.

Wenn wir richtig informiert sind, gibt es bei der Gefi so etwas wie einen Aufsichtsrat, der Name tut nichts zur Sache, da es sich ja um keine Aktiengesellschaft handelt. In diesem Gremium ist unseres Wissens auch Bachem vertreten. Vielleicht äußert er sich einmal auf Grund seiner gewiß sorgfältigen und ständigen Kontrollen über die Aussichten des von ihm mit den Geldern der Gewerkschaften mit finanzierten Teilzahlungsgeschäfts, über das eingegangene Risiko und die Vorteile für die Arbeiterschaft, über die schon festgestellten und die noch zu erwartenden Verluste. Es sollte uns freuen, wenn diese erbetene Bilanz sich von den entsprechenden der privatkapitalistischen oder staats-subventionierten Großbanken günstig abhebt, wenn der Nutzen für die Arbeiterbank auch auf lange Sicht größer ist als Risiko und effektiver Schaden. Allerdings berührt das auch dann nicht unsere grundsätzliche Ablehnung solcher Geschäfte: ein sozialistisches Unternehmen, ja auch ein solches, das auch nur so tut, darf unter gar keinen Umständen derartig spezifisch privatkapitalistische Spekulationsgeschäfte tätigen, sonst ist es genau so viel wert wie jeder private Spekulant.

Noch eine kleine Schlußbemerkung. Man erzählt sich, daß in Berlin ein Wettstreit ausgebrochen ist. Zwischen Karstadt, dem Konsum und der Arbeiterbank. Sie streiten sich darum, wer den größten überflüssigen und unausgenutzten Raum in der kürzesten Zeit mit der reichsten Ausstattung finanzieller Natur errichtet. Karstadt verbaut in der Neuen Königstraße das Geld der Großbanken und Warenlieferanten, der Konsum die Spareinlagen der Mitglieder, und die Arbeiterbank die Gewerkschaftsgelder. Noch ist es unentschieden, wer das Rennen machen wird.

Arbeitersportler! lest die SAZ

Die öffentliche Verschuldung im deutschen Reich

Wachsende Schuldenlast und schneller wachsende Zinslast.

Die Verschuldung für Reich, Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) belief sich nach einer Veröffentlichung im Novemberheft der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" am 31. März 1931 auf rund 24,1 Milliarden Mark, unter Ausschluß der gegenseitigen Schuldbeziehungen zwischen den Körperschaften, die etwa 1,4 Milliarden Mark betrugen. Die Summe der auf den Kreditmärkten aufgenommenen Schulden hat sich seit der erstmaligen statistischen Erfassung im Jahre 1928 um rund 9½ Milliarden Mark erhöht, bleibt aber immer noch hinter dem Betrag von rund 32 Milliarden Mark im letzten Vorkriegsjahr zurück. Die jährliche Zinsenlast ist jedoch mit rund 1,7 Milliarden Mark um 400 Millionen Mark höher als vor dem Kriege. Die gesamte Kreditmarktverschuldung verteilt sich mit 11,34 Milliarden (47,1 vH.) auf das Reich, mit 9,93 Milliarden (41,3 vH.) auf die Gemeinden (Gemeindeverbände), mit 2,17 Milliarden (9 vH.) auf die Länder (ohne Hansestädte) und mit 0,64 Milliarden (2,6 vH.) auf die Hansestädte. Im Gesamtrahmen der Verschuldung der deutschen Wirtschaft, die auf etwa 90 Milliarden Mark zu veranschlagen; ist, nimmt die Verschuldung der Gebietskörperschaften mit rund 27 vH. eine bedeutende Stellung ein. Von der kommunalen Verschuldung entfällt die eine Hälfte auf die Großstädte, die andere auf die sämtlichen übrigen Gemeinden mit Gemeindeverbänden.

Die Höhe der öffentlichen Schulden wird auch gegenwärtig noch durch die wieder aufgelebten Verpflichtungen der Vorkriegs-, Kriegs- und Inflationszeit nachhaltig beeinflußt. Mit 5,27 Milliarden Mark machen die Altschulden noch ein reichliches Fünftel aller Schulden aus. Außerdem sind noch mehr als ¾ Milliarden Mark Festwert- und Valutaschulden aus der Zeit der Währungsstabilisierung vorhanden. Während die Altverschuldung sich seit März 1928 von 5,72 auf 5,27 Milliarden verringert hat, ist dia Neuverschuldung von 7,7 Milliarden am 31. März 1928 in jährlichen Zugängen von 3,85, 3,45 und 3,03 Milliarden auf 18,04 Milliarden angewachsen. Die Altverschuldung ist in der Hauptsache eine Angelegenheit des Reiches, insofern über 77 vH. (4,08 Milliarden) auf dessen Altbesitzanleihe entfallen. Bei der Neuverschuldung aber stehen die Gemeinden und Gemeindeverbände an erster Stelle. Von den 18,04 Milliarden Neuverschuldung entfallen auf die Gemeinden 8,76 Milliarden (einschließlich der Hansestädte 9,29 Milliarden). Dabei hat sich namentlich die Bedeutung der Großstädte von Jahr zu Jahr erhöht. Die Steigerung ihrer Neuverschuldung entspricht mit 135 vH. des Standes von 1928 ungefähr dem Gesamtdurchschnitt, während die Neuverschuldung der übrigen Gemeinden (Gemeindeverbände) sich nur um 60 vH. erhöht hat. Die außer den Kreditmarktschulden noch vorhandenen gegenseitigen Verpflichtungen der Körperschaften belaufen sich auf 1,89 Milliarden Mark.

Die Neuverschuldung der Gebietskörperschaften besteht zu rund 73 vH. aus Inlandsschulden und 27 vH. aus Auslandsschulden. Die Auslandsschulden haben sich seit 1928 von 2,16 Milliarden auf 4,84 Milliarden Mark erhöht, also reichlich verdoppelt. Am 31. März 1928 war das Reich mit 41 vH., am 31. März 1931 dagegen mit über 68 vH. an der Auslandsschuld beteiligt. Die Anteile aller übrigen Körperschaften haben abgenommen, am meisten die der Länder (von 24 auf 10 vH.) und der Gemeinden (von 25 auf 15 v. H.).

An der Gesamtsumme der Inlandsschulden sind naturgemäß die Gemeinden am stärksten beteiligt. Am 31. März 1931 entfielen 8,05 Milliarden Mark oder 61 vH. der Inlandsschulden auf die kommunalen Körperschaften, und zwar sind die kleineren Gemeinden und die Gemeindeverbände hier mit 4,52 Milliarden Mark stärker vertreten als die Großstädte (3,53 Milliarden Mark). Von dem Kapitalzufluß aus dem Inlandsmarkt (insgesamt 6,48 Milliarden Mark ohne Entschädigungsforderungen) sind in den letzten drei Jahren fast 4 Milliarden Mark den kommunalen Körperschaften und nur 1½ Milliarden Mark dem Reich und eine Milliarde den Ländern (einschl. Hansestädte) zugute gekommen.

Lohnabbau wie immer

Schiedsspruch in der Gladbach-Rheydter Textilindustrie

Gladbach-Rheydt, 17. November.

Vor dem staatlichen Schlichtungsausschuß fanden heute Verhandlungen über die Neuregelung der Löhne in der Textilindustrie Gladbach-Rheydt-Viersen statt. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, so daß eine Schlichterkammer gebildet werden mußte, deren Spruch sich beide Parteien zu unterwerfen bereit erklärten. Der Schiedsspruch, der dann gefällt wurde, bestimmt, daß die bisherigen Löhne ab 23. November um 4,5 Proz. ermäßigt werden. Im übrigen bleibt das bisherige Lohnabkommen in Kraft. Das neue Abkommen kann erstmalig zum 31. Januar 1932 gekündigt werden.

*

Erwerbslose werden „arbeitslos"

Fast 600 000 Arbeitslosentagewerke eingestellt

Wirtschaftskrise und Notstandsarbeiten

Die ungeheure Finanz- und Wirtschaftskrise wirkt sich nun auch auf die Notstandsarbeiten aus. Unter Notstandsarbeiten versteht man diejenigen Arbeiten öffentlicher Körperschaften, die mit einem Zuschuß der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu gemeinnützigen Zwecken im Interesse der arbeitslosen Bevölkerung ausgeführt werden. Die Zahl der Neuanträge auf Zuschußmittel ist infolge der allgemeinen Mittelverknappung der Träger der Notstandsarbeit sehr stark zurückgegangen. 147 begonnene und genehmigte Projekte der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge, darunter 11 große, mit insgesamt 580 300 Arbeitslosentagewerken sind allein im August und September eingestellt oder überhaupt nicht begonnen worden, obwohl bei der Gewährung von Abschlagszahlungen an die Träger der Maßnahmen größtmöglichstes Entgegenkommen gezeigt worden ist. Von der Einstellung der Notstandsarbeiten besonders betroffen wurden die Gebiete der Landesarbeitsämter Schlesien, Niedersachsen, Nordmark, Westflaen, Rheinland, Hessen, Mitteldeutschland un dBayern. Trotz vieler Schwierigkeiten gelang er in den übrigen 5 Landesarbeitsbezirken Brandenburg, Ostpreußen, Pommern, Sachsen und Südwestdeutschland die vorgesehenen Maßnahmen durchzuführen.

Es gab eine Zeit — sie liegt noch nicht weit zurück — wo als besondere Wirkung der „Wirtschaftsdemokratie" die Verhinderung der Krise überhaupt oder doch wenigstens ihre Milderung durch Notstandsarbeiten und Staatsaufträge gepriesen wurde. Jetzt sind wir glücklich so weit, daß die Erwerbslosen „arbeitslos" werden. Eine prachtvolle Gesellschaftsordnung.

Die Lage der Arbeiterklasse in Rußland

Aus Anlaß des 14. Jahrestages der Oktober-Revolution brachte die gesamte Sowjet-Presse eingehende Uebersichten, die sich auf die Hebung der materiellen Lage der Arbeiter bezieht. U. a. wird darauf hingewiesen, daß in diesem Jahr die Zahl der Lohnempfänger auf rund 17 Millionen gestiegen ist, gegen 11,4 Mill. im Wirtschaftsjahr 1927/28. Von den 17 Millionen kamen rd. 8,9 auf die Industriearbeiterschaft. Die Zahl der Familienmitglieder, die ein selbständiges Einkommen beziehen, hat sich stark vermehrt, und das B u d g e t e i n e r A r b e i t e r f a m i l i e ist um 24 Proz. gegen das Vorjahr gestiegen.

Das Budget der S o z i a l v e r s i c h e r u n g betrug 1927/28 rund 1 Milliarde Rbl., 1928/29 rund 1,3 Milliarden, 1929/30 rund 1,7 Milliarden, und im laufenden Jahr hat es rund 2,1 Milliarden Rbl. erreicht. Im Laufe des letzten Jahres hat mithin eine Steigerung um fast ein Drittel, und im Laufe der letzten 4 Jahre um mehr als das Doppelte stattgefunden. In den gleichen 4 Jahren hat die Zahl der Versicherten von 9,7 Mill. auf 15,4 Mill. zugenommen. Die Sanatorien und Erholungsheime konnten 1929/30 insgesamt rund 487 000 Personen aufnehmen, in diesem Jahre haben bereits 891 000 Aufnahme gefunden. Im laufenden Jahr arbeiten bereits 86 Proz. aller A r b e i t e r d e r G r o ß i n d u s t r i e im siebenstündigen Arbeitstag. 1918 betrug der Arbeitstag durchschnittlich 9,08 Stunden, 1931 — 7,02 Stunden. — — —

Sehr eingehend verweilt die Presse bei dem Vergleich der jetzigen Lage der Arbeiterschaft mit der des letzten Vorkriegsjahres, wobei sich erweist, daß auf allen Gebieten eine erhebliche Besserung der Lebensverhältnisse eingetreten ist.

Diese sehr erfreulichen Nachrichten lassen sich im einzelnen nicht oder schwer überprüfen. Solche allgemeinen Angaben über „der" Lohn „des" Arbeiters haben in Amerika wie in Deutschland wie auch in Rußland nur einen sehr bedingten Wert. Ganz abgesehen von der merklich verschlechterten sowjetamtlichen Statistik sind hier nur Angaben über die Nominal- nicht über die Realeinkommen gegeben. Außerdem muß der russische Arbeiter — im eigenen Interesse — recht beträchtliche Teile seines Einkommens für Anleihen zeichnen. So groß auch diese und andere Einschränkungen sein mögen, der Aufstieg gegenüber dem Vorkriegselend ist unverkennbar.

A

Lokalblatt der SAZ

Berlin, Brandenburg, Grenzmark

Severing ist selbst dem Zentrum zu reaktionär

Protest in der Berliner Stadtverordnetensitzung

In der Stadtverordnetenversammlung wurde am Donnerstag nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen die allgemeine Aussprache zum Sparprogramm fortgesetzt.

Der Nationalsozialist Lehmann hielt eine völlig inhaltlose Rede. Er brach eine Lanze für die Unabhängigkeit der Richter (die sich an den Klassenurteilen gegen Arbeiter so klar gezeigt hat) und kritisierte die Tätigkeit des städtischen Nachrichtenamtes, dessen Aufhebung die Nationalsozialisten verlangen.

Der Wirtschaftsparteiler Reins forderte die Einschränkung der städtischen Regiebetriebe.

Für das Zentrum polemisierte der Stadtverordnete Friedrich Lange gegen die preußische Notverordnung und die Auslegungsbestimmungen Severings.

Der Innenminister habe eigenmächtig die Ausschaltung der Selbstverwaltungskörper bei der Feststellung von Sparmaßnahmen verordnet. Man habe die verordneten Einschränkungen lange Zeit nicht einmal den Stadtverordneten mitgeteilt. Gegen eine solche Art von Diktatur sei auch das Zentrum.

Auf Zwischenrufe schweigt sich der Redner allerdings über die Haltung der Zentrumsminister im Reich und in Preußen aus. Die Sparmaßnahmen bei Schulen, Wohlfahrt usw. könne man nicht gutheißen. Es hätte die Möglichkeit vorgelegen, durch Rückgreifen auf Reservefonds und andere Mittel bei städtischen Gesellschaften das Defizit auszugleichen. Gegen die von dem Sozialdemokraten Flatau vorgeschlagene Abschaffung der Deputationen wandte sich der Redner und lobte den freiheitlichen Geist der Steinschen Städteordnung von 1808, die jetzt abgebaut und eingeschränkt werde. — Es mutete an wie ein blutiger Witz, daß ein Vertreter des Zentrums in diesem Berliner Stadtverordnetenparlament Institutionen die vor 120 Jahren geschaffen worden sind, herausstreichen mußte gegenüber den reaktionären Bestimmungen der Severingschen Ausführungsverordnungen zur Notverordnung.

Bürgermeister Dr. Elsas erklärte in der Debatte, daß der Reservefonds der BVG nicht etwa für Zwecke der städtischen Verwaltung oder zum Ausgleich des Defizits verwendet werden könne, er soll vielmehr für Zins- und Tilgungszwecke zurückgestellt werden.

Die Sitzung dauerte bei Redaktionsschluß noch an.

Zahlungseinstellung der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz

Die im Jahr 1912 als Genossenschaftsbank gegründete Berliner Bank für Handel und Grundbesitz AG. (Kapital zwei Millionen Reichsmark) hat ihre Zahlungen eingestellt und hat am Donnerstag ihre Schalter geschlossen. Die Reichsregierung — meldet TU — hat „die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um eine ruhige Abwicklung der Bank zu gewährleisten". Es ist beabsichtigt, die Abwicklung durch die Dresdner Bank vornehmen zu lassen. Die Reichsregierung wird zu diesem Zweck der Dresdner Bank eine Summe zur Verfügung stellen, um mit ihrer Hilfe eine Verbindung mit den Kreditoren der Bank über die Art der Abwicklung herbeizuführen.

Racheurteil gegen Kommunisten

Am 9. August nach Beendigung der Abstimmung zum Volksentscheid war es am Bülowplatz zu Demonstrationen gekommen, in deren Verlauf die Polizeihauptleute Anlauf und Lenk durch Schüsse getötet wurden. In der Nacht vorher war an der Hausfront des Kinos in der Hagenauer Straße nördlich vom Bülowplatz eine Inschrift in weißer Farbe angemalt worden, die lautete: „Für einen erschossenen Arbeiter fallen zwei Schupooffiziere. RFB. lebt, Rrot-Front nimmt Rache!" Als Urheber dieser und anderer Inschriften wurde eine kommunistische Malkolonne ermittelt, deren Mitglieder dem Gericht vorgeführt wurden. Die Anklage richtete sich gegen den 21jährigen erwerbslosen Arbeiter Max Risch, den 22jährigen Kraftwagenführer Hans Tomale, den 19jährigen Schuhputzer Alfred Fanselow, den 31jährigen erwerbslosen Arbeiter Fritz Woeckel, den 29jährigen Arbeiter Jeremias Süßer, den 25jährigen Schneider Emil Becker und den jugendlichen Arbeiter Hans K. Das Gericht verurteilte die Angeklagten Süßer zu vier Jahren, Woeckel zu 3 Jahren 6 Monaten, Risch und Tomale zu je 1 Jahr 9 Monaten, Fanselow zu 2 Jahren und den Jugendlichen K. zu 3 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte Becker wurde freigesprochen.

SAP

Sportfunktionäre der SAP: Zusammenkunft zu einer Besprechung Sonnabend, 21. November, 15 Uhr, in der Prenzlauer Allee 34, 3 Hof, 2 Treppen.

SJV Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes. Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 34, 3. Hof 9. Unsere Bezirksleitung ist jeden Mittwoch und Freitag ab 17 Uhr im Sekretariat

Achtung: Nächste Woche!

Donnerstag, den 26. November, im Sitzungssaal des Bezirksamts, Yorkstr. 11, große Funktionärversammlung: „Der Weg zur Macht". Alle Funktionäre müssen anwesend sein. Materialausgabe. Interessierte Genossen sind eingeladen.

Freitag, 20. November, 19.30 Uhr.

Wir beteiligen uns an der Mitgliederversammlung der SAP in den Germania-Festsälen, Chausseestraße 110. Klaus Zweiling spricht.

Baltenplatz. Heim, Tilsiter Str. 43. Unterhaltung.

Charlottenburg-Mitte: Wir beteiligen uns an der Mitgliederversammlung der SAP.

Charlottenburg, „Karl Liebknecht". Heim, Kaiserin-Augusta-Allee 97b. SAP und SPD.

Frankfurter Allee „Robert Blum". Heim bei Ernst Tannenbaum Liebigstr. 16. Aktionsprogramm.

Friedrichshain „Rosa Luxemburg". Heim, Dieselmeyerstraße Diskussionsabend.

Hansa. Heim, Schleswiger Ufer 16. Die Kulturorganisationen der Arbeiterschaft.

Köpenick, August Bebel „roter aufbau". Heim, Grünauer Str. 5, Zimmer 1. SJV und SAJ, KJ, HJ.

Neukölln I. Heim, Mahlower Str. Zellenarbeit.

Neukölln II. Heim, Volksschule Mahlower Str. Vortrag: Innere Wandlungen der bolschewistischen Diktatur.

Neukölln III. Heim, Schule Herzbergplatz, Raum 20. Proletarische Dichtung.

Schöneberg-Friedenau. Heim, Hauptstr. 16. Kampfliederabend

Wedding. Heim, Wildenowstr. 5, Zimmer 9. „Das Versagen des Parlamentarismus".

Westen. Heim, Genthiner Str. 17. Proletarische Presse.

Weißensee „Karl Marx". Wir beteiligen uns an der Versammlung der DAP. Treffpunkt 18.30 Uhr Autoplatz.

Wilmersdorf. Heim, Wilhelmsaue 123. Tagespolitik.

Wörther Platz „Matteotti". Heim, Prenzlauer Allee 34. Kommunistisches Manifest.

Unterbezirk Neukölln. Heim, Bergstr. 29, Raum 5. Funktionärversammlung: Unsere politische Arbeit. Ref. Willi Kreßmann.

Mitteilungen der BL.

Die Kartenabrechnung von unserer Veranstaltung am 8. November muß am Freitag erledigt sein.

Abzeichen gegen Barzahlung sofort abzuholen. Jeder trägt unser Abzeichen.

Gewerkschaftsobleute. Mittwoch, 25. Nov. Heim, Prenzlauer Allee 34, pünktlich 18 Uhr Zusammenkunft aller Gewerkschaftsobleute. Jede Gruppe muß vertreten sein. Interessierte Genossen sind eingeladen.

EBL-Sitzung. Montag, 23. Nov., 19 Uhr: Wichtige Besprechung

Die Roten Falken:

Sekretariat: Berlin NO 55, Prenzlauer Alle 34. Besprechung jeden Mittwoch und Freitag von 17 bis 19 Uhr.

Paul Levy. Heim, Sonnenburger Str. 20, Weltliche Schule. Brettspiele.

Arbeiter-Abstinenten-Bund Bezirk Friedrichshain: Zusammenkunft Donnerstag, 19. 11., 20 Uhr, im Jugendheim, Dieselmeyerstr. 5 (weltliche Schule). Vortrag des Genossen Stadtamtmann Schiemann über „Irrwege des Sexuallebens". Gäste willkommen.

Wege zur Kraft und Schönheit

Ein Platz im westlichen Teil der Stadt. Geschäfte, hastende Fußgänger, Lärm von Straßenbahnen und Autos. „Achtung, Achtung!" schallt es plötzlich über den Platz. Die Menschen fahren zusammen. Was ist los? Hakenkreuzüberfall, Autodiebstahl, Raubmord? Die Zeiten haben uns nervös gemacht, wir erwarten nichts erfreuliches.

Drei junge Menschen stehen am Rand der Straße, diese sind die Rufer. Ihre Jacken haben sie über eine Bank gelegt, nun stehen sie in blauen Trikots da, ein ungewöhnlicher Anblick. Athletische Erscheinungen, Muskeln schwellen unter dem Trikot, man möchte nicht gern im Bösen mit ihnen zu tun haben. Einer von ihnen ergreift das Wort. Im Lärm der Straße ist nicht viel zu verstehen. „Stellenlose Artisten .... keine Arbeit .... Beweise ihres Könnens ...." Und jetzt beginnen sie wirklich mit Muskelspannern zu arbeiten. Die Federn liegen vor der Brust und auf dem Rücken, der Atem geht stoßweise, der Schweiß rinnt, und Bizeps schwillt. Und dazu Erklärungen, sie zeigen den Zuschauern, wie sie es machen sollen. Wege zu Kraft und Schönheit auf der Straße.

Schnell hat sich ein Kreis von Zuschauern um sie gebildet. Autos bleiben stehen, eine Verkehrsstockung entsteht. Ein Glück, daß kein Schupo in der Nähe ist, er würde dies Idyll mit rauher Hand stören. Nach zehn Minuten ist alles vorüber, Menschen und Autos ziehen ab, das tägliche Leben braust weiter. Die Artisten haben ihre Jacken übergezogen und entfernen sich, an der nächsten Ecke ist wieder Freivorstellung.

Nachdenklich geht man weiter. Ein Zeichen der Zeit werden viele sagen und sich nicht weiter den Kopf zerbrechen. Doch welche ungeahnten Perspektiven eröffnen sich da? Wie wäre es, wenn ein Mäzen die Sache in die Hand nehmen würde und Freivorstellungen auf der Straße veranstalten würde? Etwas Zirkus Krone auf dem Potsdamer Platz oder Freikarussel um die Gedächtniskirche? Man könnte auch vor den Arbeitsämtern einige Humoristen aufstellen, Heiterkeit versöhnt und läßt vergessen, daß der Magen leer ist. Wenn man Grock sieht, kann man nicht gleichzeitig Fenster einschlagen.

Wie wir hören, soll das Seiltanzen im Regierungsviertel nur für Politiker reserviert bleiben. Das Bankviertel bleibt für Schwerathleten gesperrt, die Unterlagen wackeln zu sehr.

Erco.

Verpulvertes Geld

Die Stadtväter Neuköllns hatten eine gute Idee. Das liegt schon lange zurück. Da kamen eines Tages fleißige Bauarbeiter und Handwerker in die Teupitzer Straße, fügten unverdrossen einen Stein auf den andern, modellierten und bastelten, bis da stand ein schöner moderner Zweckbau: Das neue Berliner Obdachlosenasyl.

Alles ist gut und schön zu Ende geführt, Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln sind für eine gute Sache zur Verfügung gestellt, und viele obdachlose Proleten hoffen nun endlich in ein anständiges Asyl ihren Einzug halten zu können.

Aber es blieb diesem modernen Bau, trotz Vollendung und ungeheuersten Bedarfs, bis heute die Erfüllung seines wahren Zweckes versagt.

Wohl regnete es, wie immer, an tausend Entschuldigungen: Geldsorgen, Geldmangel und anderweitiger Verwendung. Aber bestehen blieb die Tatsache: Man hat wohl Millionen Mark für einen anständigen, notwendigen Zweck vertan, aber man kneift nun vor den natürlichen Konsequenzen. Vielleicht, weil es sich hier um ein wirkliches Hilfswerk für die Aermsten der Armen handelt? Oder sollte es sich während des Winters auf Treppen, Böden, in Parkanlagen doch besser schlafen lassen, als in einem gut geheizten Raum?

Sozialdemokraten spalten Sozialistische Studentenschaft

Nach der Spaltung der SPD fühlte sich auch der Hauptvorstand der Sozialistischen Studentenschaft, der sich in seinen maßgebenden Teilen aus Angestellten der Gewerkschaften zusammensetzt, bemüßigt, der Sozialdemokratischen Partei die Richtigkeit der Tolerierungspolitik zu bestätigen. Darüber hinaus erklärte er die Mitgliedschaft in der SAP für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Sozialistischen Studentenschaft. Dieser Beschluß des Hauptvorstandes rief in fast allen Ortsgruppen des Reiches stürmischen Protest hervor. Die bedeutendsten Ortsgruppen, wie Heidelberg, Kiel, Braunschweig, Breslau, Bonn, Köln, Freiburg und andere, faßten in ihren Mitgliederversammlungen eine Resolution, in der das Verhalten des Hauptvorstandes aufs schärfste mißbilligt wurde.

Nun wurde auch auf der Ortsgruppenmitgliederversammlung der Berliner Sozialistischen Studentenschaft zu dem Beschluß des Hauptvorstandes Stellung genommen. Kurt Berlowitz versuchte in einem langatmigen Referat über die politische Lage, die Richtigkeit der sozialdemokratischen Politik nachzuweisen und daraus zu folgern, daß **alle die Genossen, die diese Politik für schädlich halten und sich deshalb von der Sozialdemokratie abwenden, in der Sozialistischen Studentenschaft nichts mehr zu suchen hätten.** Die **oppositionellen Genossen, denen man nur eine Redezeit von zehn Minuten zubilligte,** betonten, daß trotz grundsätzlich verschiedener Auffassung der allgemeinpolitischen Lage eine Zusammenarbeit in hochschulpolitischen Angelegenheiten durchaus möglich, ja, in Anbetracht des ständig wachsenden Hochschulfaschismus dringend notwendig sei. Infolgedessen wurde ein **Antrag eingebracht, der forderte, daß die Sozialistische Studentenschaft ihren Charakter als überparteiliche Organisation ohne starre Bindung an irgendeine sozialistische Partei wahren sollte.** Gegen diesen Antrag sprach Bruno Gleitze. Nach gehässigsten Angriffen auf die SAP-Genossen verkündete er, daß, wenn die Abstimmung nicht im Sinne des Hauptvorstandes ausfalle, er sofort austreten und am nächsten Tage eine rein sozialdemokratische Studentenorganisation aufziehen werde. Nach dieser Spalterrede ging die Versammlung **mit knapper Mehrheit** über den Antrag der Opposition zur Tagesordnung über. Damit war die Entscheidung gefallen: **aus der Sozialistischen Studentenschaft wurde ein sozialdemokratischer Parteiladen.** Daraufhin verließen die SAP-Genossen und mit ihnen eine Reihe von SPD-Genossen, die über das Verhalten des Hauptvorstandes gleichfalls empört waren, den Saal.

*

Am Sonntag, dem 15. November, beschlossen die Ausgeschiedenen, sich vorläufig als Ortsgruppe Berlin des **Sozialistischen Studentenverbandes** zu konstituieren. Jedem einzelnen Genossen wurde zur Pflicht gemacht, in erster Linie seine ganze Kraft den Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung zur Verfügung zu stellen, vor allen Dingen in den freien Gewerkschaften **mitzuarbeiten.** Denn die sozialistischen Studenten wissen genau, daß ihr Kampf der der Arbeiterklasse ist.

Alle Anfragen und Zuschriften sind zu richten an Hans Steinitz, S 14, Dresdner Straße 94.

Nationaler Sozialismus". Im Rahmen des nächsten Sonderabends, der Montag, den 23. Nov., 20.30 Uhr, im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates, Bellevuestr. 15, von der „Deutschen Liga für Menschenrechte E.V." veranstaltet wird, werden der Kleistpreisträger Erik Reger, der Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung" Kurt Caro und die Schriftsteller Leo Lania und Hanns Erich Kaminski über das Thema „Nationaler Sozialismus" sprechen. Gäste gegen Zahlung des Unkostenbeitrages willkommen.

Scheidung

Landgericht I, Haupteingang, erster Quergang links, zwei Treppen, Zimmer 25/27 — so, da wären wir.

Murmelnd steht ein Scherbengericht spitznasiger Bürgerfrauen zusammen und mustert die Neuankommenden mit den durchbohrenden Blicken ausgehungerter Megären. Von den Wänden knurren preußisch-lapidare Kommandos: „Ausspeien auf den Gängen verboten!" Das kann man auch anders sagen. Na, vielleicht später mal, jetzt sind wir zu beschäftigt — hoppla, da schwebt eine Karawane von Akten durch das Volk — hoppla, wir richten!

Was Gott zusammenfügt, soll der Mensch nicht scheiden. Richtig. Von preußischen Richtern ist ausdrücklich nichts erwähnt, also sind wir durchaus legal. Das hier ist ein Scheidungsgericht, von einer Persönlichkeit namens Gott ist gar keine Rede: „Haben Sie eine Vorladung?" Nein. „Nichts?" Raus. Alles besetzt.

Wenn der p. t. Gott, ohne zureichende Personalbescheinigung und unbekannten Aufenthalts, einmal hier auftauchen würde und Einsprüche geltend machen würde, dann würde das ein Schauspiel für seine olympischen Kollegen geben.

— — — — — — —

„Die Klägerin behauptet, Sie haben im September dieses Jahres wiederholt mit einem fremden Mädchen in der ehelichen Wohnung Geschlechtsverkehr gehabt . . ."

Dröhnend heult die Stadtbahn am Gebäude vorüber, überrasselt die Verhandlung am Richtertisch. „Die Fenster müssen geöffnet bleiben!" schneidet die spitze Stimme der Protokollantin den schüchternen Versuch ab, den hereinprallenden Lärm zu dämpfen.

Die Stimme des Richters wird wieder vernehmbar:

„Na, nu reden Sie doch schon. Ham Sie nun das Mädchen mit in der Wohnung gehabt . . .? Ja, ham Sie. Und haben sie auch Verkehr mit ihr gehabt?"

„Ja, hab ick ooch."

Die Frau steht daneben, nagt an der Lippe. „Na, wann haben Sie nun das letztemal ehelichen Verkehr mit dem Angeklagten gehabt?"

Lärmen zufallender Türen, schreiend, gestikulierend stürzt wie ein Schwarm schwarzer Krähen ein Bataillon aktenbewaffneter Rechtsanwälte herein. Wenigstens ein Dutzend umlagert den Richtertisch, unterhält sich ungeniert, rauscht mit Akten und Zeitungen. Der Bleistift der Protokollantin donnert auf die Tischplatte: „Ich bitte um Ruhe unter den Zuschauern, das stört hier!"

Sagen Sie das den Rechtsanwälten, Gnädigste.

„Na, also, wann haben Sie das letztemal mit dem Beklagten . . ."

Die Beißzange des Verhörs wühlt sich durch das bißchen intime Menschenleben. Nur um Himmelswillen keine Sentimentalitäten, das ist hier ein Bürobetrieb, das geht hier engros . . .

„In ihrem Schriftsatz vom 6. 11. bekundet die Klägerin, daß der letzte Geschlechtsverkehr Mitte August stattgefunden habe . . . hat der Beklagte etwas zu äußern?"

Die Schreibmaschine rast, taktaktaktak: „. . . der Beklagte gibt zu, im September dieses Jahres Geschlechtsverkehr mit einem ihm fremden Mädchen in der enelichen Wohnung unterhalten zu haben. Die Ehe wird geschieden, die Schuld dem Beklagten auferlegt, Streitwert 2000 Mark. Verzichten Sie auf Rechtsmittel?"

„Die Parteien verzichten auf Rechtsmittel, das bedeutet, daß Sie keine Berufung gegen das Urteil einlegen können. Der nächste Fall."

Stimme der Protokollantin:

„Nummer drei—zwoundneunzig!" Der nächste Fall —.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16

„SAZ. Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2004

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2005

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich, zuzüglich RM 1.20 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.", Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 028.

Feuilleton der SAZ

Nachbetrachtungen eines Büßers

Nun ist auch dieser Tag vorbei,
An dem wir die Sünden büßen.
Man kann doch nicht das ganze Jahr
Sich nur das Leben versüßen.

Man kann nicht einfach stempeln geh'n
Und die Moneten erheben,
In dulce jubilo sich freu'n
Und wie ein Großfürst leben.

Wir mußten denken an diesem Tag
An die Sorgen unserer Regierung:
Daß Brüning nachts nicht schlafen kann,
Denn dem Karren fehlt die Schmierung.

Der Karren saust knarrend dem Abgrund zu.
Die Bremsen sind gerissen.
Man wird wohl bald den ganzen Zimt
Zusammenkleben müssen.

Der Hitler bewirbt sich als Schofför:
Dann wird es rascher gehen.
Vielleicht wird bald über dem ganzen Malheur
Ein steinernes Denkmal stehen.

Die Lindenstraße liegt tief im Schlaf,
Herr Breitscheid sang die Messe:
„Wir bleiben nicht mehr bieder und brav,
Wir reißen auf die Fresse.

Wir kündigen das Vertrauen und zieh'n
Als Krieger in die Wüste.
Ein Sturm brach los im Radio,
Jetzt wackelt Eberts Büste."

Doch ach — 's war nur ein Bußtagsscherz!
Man denkt nicht dran, zu kämpfen.
Es galt nur den Chor der Millionenpartei
Durch Solopartien zu dämpfen!

*

Musik ist nunmehr abgedreht,
Wir büßen stumm wie die Toten.
Die zogen einst mit Trara in den Krieg.
Auch mancher von den Roten.

Man sagte ihnen: Kehrt ihr zurück,
Dann seid ihr freie Leute.
Und viele haben es geglaubt —
Und dafür büßen wir heute . . .!

Karl Glas.

Geschichte der Fabriken

Auf Anregung von Maxim Gorki hat das Zentral-Exekutiv-Komitee in Moskau die Herausgabe einer Sammlung mit dem Titel „Geschichte der Fabriken" geschlossen. Diese Sammlung soll in einer Reihe von Monographien bestehen, welche die Vergangenheit und Gegenwart der verschiedenen großen Werke und ihre Verdienste um die Entwicklung des Sozialismus darstellen sollen. Es arbeiten daran mit die Arbeiter, Ingenieure und wirtschaftliche Leiter der betreffenden Unternehmungen unter Direktion eines Redaktionskomitees, das aus hervorragenden Sowjetführern wie Bucharin, Kosarew, Enokidse und schließlich Gorki selbst besteht.

Ueber Romain Rolland

Von Maxim Gorki

Es hat nie solche Epochen gegeben — und es kann solche Epochen nicht geben —, wo nicht etwas „Ewiges" zerstört worden wäre; wo der Wille der Vernunft nicht bestrebt gewesen wäre, Glauben und Aberglauben zu zerschlagen, die durch den Willen derselben Vernunft geschaffen wurden, durch ihre qualvollen Anstrengungen, die letzte Wahrheit zu finden, unzerstörbar nun auch für ihre eigne Kraft.

Es gab — scheint mir — keine Epoche, wo die Menschen Europas in einem so tragischen Zustande des Unglaubens, der Kraftlosigkeit, der Selbstverneinung gelebt hätten, wie sie heute leben, verblendet durch die Schrecken des verruchten Gemetzels der Jahre 1914 bis 1918 und in Erwartung der Schrecken des Bürgerkrieges zwischen den Klassen.

Mehr als je sind Leute zur Welt gekommen, deren Philosophie in den Worten zusammengedrängt ist: „Nach uns — meinetwegen die Sintflut." Noch niemals hat die Verstandes- und Sinnenverderbnis so widerliche Formen angenommen wie in unseren Tagen. Niemals haben sich die Menschen so willenlos, so mechanisch den prostituierenden Einflüssen der Wirklichkeit hingegeben.

Kann man denn in der Vergangenheit Jahre finden, in denen die Menschen so vertieft, mit einer solchen Anspannung des Willens und des Verstandes daran gearbeitet haben, Mittel zur gegenseitigen Vertilgung ausfindig zu machen? Und es gab keine Epoche, die so bettelarm war an Versuchen, eine Ideologie der Humanität, der Barmherzigkeit zu schaffen. Von Humanität zu reden, gilt heute in der Zeit der Verwilderung als „schlechter Ton". Und wenn doch, aus alter Gewohnheit, gerufen wird: — „Habt Mitleid mit dem Menschen", — dann schreit man es aus, ohne den Menschenhaß zu verbergen, und den Menschen Rache androhend.

Von dem Verfall, von dem „Untergang Europas" spricht man und schreibt man mit großem Eifer, geistreich und sogar „mit Geschmack", aber es sind keine Stimmen vernehmbar, die über die Notwendigkeit der Wiedergeburt Europas sprächen.

Furchtbare Tage. Ueberall hört man das dumpfe Getöse der Zerstörung, und so viel bösen Gram findet man überall. Und wenn die Leute sich amüsieren, dann erinnern mich die Schreie bei diesen Vergnügungen an das verzweifelt-verwegene Lied, das nach 1906 in den Gefängnissen Rußlands von zum Tode Verurteilten gesungen wurde:

Zum letzten Mal am heut'gen Tage
Zusammen, Freunde, froh wir sind.

Immer mehr durch die demonstrativ schamlose Verschwendung der herrschenden Klasse verletzt, organisieren sich die werktätigen Menschen zu einer großen europäischen Armee, um mit eisernem Besen das Abgelebte, das Verfaulte und Verwesende aus dem Leben zu kehren. Ich begrüße aufrichtig diese Arbeit, obwohl ich auch nicht vergesse, daß nicht der Mensch für die Revolution, sondern die Revolution für den Menschen da ist. Und naturgemäß ist mir die Sinnlosigkeit der elementaren und gereizten Mächte furchtbar und zuwider. Mir ist quälend kostbar das Leben und die Arbeit der Menschen, die unablässig kulturelle Werte schaffen in unsern düstern Tagen.

Einer — und ist es nicht der Einzige? — von diesen unermüdlich unbeugsamen Menschen ist Romain Rolland. Da ich nicht Kritiker bin, werde ich nicht über ihn als Dichter, als Verfasser „Der Tragödie des Glaubens", des „Jean Christophe" und des ausgezeichneten, echt gallischen Epos „Meister Breugnon" sprechen. Das letzte ist vielleicht das erstaunlichste Buch unsrer Tage. Man muß ein Herz besitzen, das fähig ist, Wunder zu tun, um in Frankreich nach den Tragödien, die es erlebt hat, ein so frisches Buch zu schaffen, ein Buch des unerschütterlichen und männlichen Glaubens an den Menschen der Heimat, den Franzosen. Ich beuge mich vor Romain Rolland eben wegen dieses seines Glaubens, der durch alle seine Bücher tönt und in allem, was er tut. Für mich ist Romain Rolland schon lange der Leo Tolstoi Frankreichs, aber ein Tolstoi ohne den Haß der Vernunft, ohne diesen furchtbaren Haß, der für den russischen Rationalisten die Quelle seiner gewaltigen Leiden war und ihn so grausam daran hinderte, ein genialer Künstler zu bleiben.

Man sagt: Romain Rolland sei ein Don Quichote. Von meinem Standpunkt aus ist dies das Beste, was man von einem Menschen sagen kann. In dem uns Menschen gegenüber unerbittlichen Spiel der geschichtlichen Mächte ist ein Mensch, den nach Gerechtigkeit dürstet, auch eine Macht und fähig, der elementaren Gewalt dieses Spiels zu trotzen.

Wladimir Lenin hat es vermocht, zu beweisen, daß die Geschichtsphilosophie Leo Tolstois sehr weit von der Wahrheit entfernt ist, und daß die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte nicht ganz so aussieht, wie Karl Marx sie bewertete. Romain Rolland ist trotzig und kühn, wie ein echter Franzose, und einw harhaft freier Mensch. Er mußte einen festen Glauben an die Wahrheit haben, um in den Tagen, da Tausende von abgelebten Menschen, erfreut über Lenins Tod, boshaft frohlockten, ihnen ruhig zu sagen: „Lenin ist der größte Tatmensch unseres Jahrhunderts und der alleruneigennützigste."

Romain Rolland hat als erster von den Schriftstellern Europas seine Stimme gegen den Krieg erhoben. Dafür begannen viele, ihn zu hassen.

In der „Verzauberten Seele" ahnt er mit seinem Künstlerherzen die Geburt einer andern, guten Wahrheit, deren die Welt schon lange bedarf. Er fühlt die Geburt einer neuen Frau an Stelle derjenigen, die hilft, diese Welt zu zerrütten, — einer Frau, die in der Erkenntnis ihrer Rolle als Förderer der Kultur in die Welt machtvoll und vollberechtigt einzutreten wünscht, als deren gesetzmäßige Herrin und Mutter der Männer, die durch sie geschaffen sind und ihr verantwortlich sind für ihre Taten.

Mich macht erstaunen die Beständigkeit der Liebe Romain Rollands zu der Welt und den Menschen, — ich beneide ihn um seinen festen Glauben an die Macht der Liebe. Ich halte ihn nicht für einen Optimisten. Er ist — ein idealer Stoiker. Er hat offenbar die Wahrheit tief erfühlt, die in einem russischen Sprichwort enthalten ist: „Alles wird vergehen — nur die Wahrheit wird zurückbleiben".

Ich habe ihn nie gesehen, glaube aber, daß Romain Rollands Augen ruhig und traurig sind, die Stimme aber leise, doch stark. Ich bin glücklich, zu wissen, daß in Frankreich, das ich seit meiner Kindheit liebe, so ein herrlicher Mensch und so ein warmherziger Künstler lebt wie Romain Rolland.

König Alkohol

(Aus dem gleichnamigen Roman.)

Wahrlich: mein Leben ist glücklich. Nicht hundert von einer Million haben Glück gehabt wie ich. Und trotz alledem bin ich traurig. Ich bin es, weil König Alkohol bei mir ist. Und er ist bei mir, weil ich in einem Jahrhundert geboren bin, das spätere Zeiten das dunkle Jahrhundert vor der Epoche der vernunftgemäßen Zivilisation nennen werden. König Alkohol ist bei mir, weil er mir in den Tagen meiner unwissenden Jugend stets erreichbar war, weil er an jeder Ecke rief und mich einlud. Die Scheinzivilisation, unter der ich geboren bin, bewilligte jeden Ausschank des Seelengiftes. Das Leben war so organisiert, daß ich (und Millionen mit mir) in diese Giftläden gelockt, gezogen und getrieben wurde . . .

Und dies ist eine neue Anklage gegen König Alkohol: Gerade die besten Kameraden holt er sich — die Größe und Wärme und die edelste der menschlichen Schwächen besitzen. Und König Alkohol erstickt ihr Feuer, untergräbt ihre Tatkraft. Und wenn er sie nicht gleich vernichtet oder zu Narren macht, vergröbert er verroht er sie, entstellt oder verkrüppelt er die ursprüngliche Güte und Feinheit ihrer Natur . . .

Und dieser Verderber und Mörder steht an jeder Straße und jedem Wege mit offenen Armen unter dem Schutz der Gesetze und achtungsvoll von der Polizei gegrüßt . . .

Jack London.

Kleines Feuilleton

Die süßeste Pflanze.

Zwei französische Chemiker, Bridel und Lavielle, haben eine natürliche Substanz gefunden, die 300mal süßer als Rohrzucker ist und deshalb in Wettbewerb mit verschiedenen Teerprodukten der chemischen Industrie treten kann. Der neue Süßstoff, der nach seinem Vorkommen in der südamerikanischen Pflanze Stevia „Steviosid" heißt, besteht aus einer Vereinigung von gewöhnlichem Traubenzucker mit einer andern, fast geschmacklosen Verbindung. Vereinigt sind die beiden Stoffe außerordentlich süß, getrennt noch nicht einmal so süß wie gewöhnlicher Zucker. Die Stevia, die zu Beginn unseres Jahrhunderts zum erstenmal wissenschaftlich untersucht worden ist, erhielt bald den Namen der süßesten Pflanze der Welt; genügt doch schon ein winziges Stückchen dieser Pflanze, um eine Tasse starken Kaffee zu süßen.

Werbt für die SAZ!

Sie in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Greifenverlag Rudolstadt)

4. Fortsetzung

7.

So um ein Viertel auf ein Uhr herum machte sich Frau Bader im Stiegenhaus zu schaffen. Sie mußte doch wieder einmal den Herrn Kommissär treffen.

„Was ist?" stürzte sie auf ihn zu, „wird sie noch nicht bald verhaftet?"

„Ich habe die Sache schon besorgt," sagte Hammer, „sie war schon drunten bei uns auf der Polizei, untersucht ist sie worden, die Drecksau."

„Na und . . .?

„Und," sagte Hammer, „jetzt hat sie einen Akt bei uns. Das ist die Hauptsache, daß sie einen Akt hat. Wer bei uns einen Akt hat, der ist nicht mehr unbescholten, der hat keinen guten Leumund mehr. Und jetzt gibt es einen Akt, auf dem steht Hedwig, genannt Hedi Wehner wegen gewerbsmäßiger Unzucht. Das ist ein Erfolg für uns, daß es einen solchen Akt gibt, ein großer Erfolg. Wir können befriedigt sein, Frau Bader."

Frau Eusebia Bader war aber gar nicht befriedigt. Sie hatte es sich doch so schön vorgestellt, wenn die Hedi Wehner gefesselt abgeführt wird.

8.

Zwei Jahre waren seitdem vergangen.

Den Ekel über ihr Erlebnis bei der Polizei hatte Hedi überwunden.

Ihr Kind war aus dem gröbsten heraus.

Sie hatte sich nach einer Arbeitsstelle umgeschaut und das Glück gehabt, bei dem Zahnarzt Dr. Müller eine Anstellung als Sprechstundenhilfe zu finden.

Einmal stand ein fremder Herr draußen, als sie die Tür öffnete.

„Ich komme nicht als Patient," sagte er, „ich bin der Schwager von Herrn Doktor Müller, melden Sie Rechtsanwalt Dr. Geyer."

Der Zahnarzt war beschäftigt. Sein Schwager mußte warten. Das Wartezimmer war leer, nur die Gehilfin saß darin und arbeitete an der Schreibmaschine. Dr. Geyer hatte sie nicht beachtet. Während er in alten illustrierten Zeitungen blätterte, hörte auf einmal die Schreibmaschine zu klappern auf, und das Mädchen fragte ihn:

„Wie kürzt man denn medizinisch ab, Herr Doktor?"

Erstaunt blickte Dr. Geyer auf. Was für ein liebliches Gesichtchen, dachte er sich, als er dem Tippfräulein in die Augen sah. Die war glühend rot geworden.

„med Punkt," sagte Dr. Geyer und steckte den Kopf tief in seine illustrierte Zeitung.

„Was hast du denn da draußen für ein Mädchen," fragte Dr. Geyer seinen Schwager, als ihre Unterhaltung beendigt war.

„Die ist vor ungefähr vierzehn Tagen eingetreten," antortete Dr. Müller, „meine vorige ist doch verunglückt. Die neue ist ein ganz brauchbares Mädchen. Mit den Patienten umzugehen, versteht sie ausgezeichnet. Alle haben sie gern. Aber mit den schriftlichen Arbeiten hapert es arg. Eine Orthographie schreibt das Mädchen, die ist schauerlich. Die unglaublichsten Fehler macht sie. Sie ist auf dem Land aufgewachsen. Ihr Vater war Landgendarm. Später kam er hierher zur Kriminalpolizei. Da war sie aber schon aus der Schule. Man sollte es nicht für möglich halten, wie wenig so Mädchen in den ländlichen Schulen lernen. Ich habe stark vor, sie wieder fortzuschicken. Es tut mir ja leid, sie ist sonst nett und anstellig und hat eine freundliches Wesen. Aber ich ärgere mich zu Tode, wenn ich eine schriftliche Arbeit von ihr sehe."

Dr. Geyer riet von der Entlassung ab. Er erzählte von seinen Erfahrungen mit den weiblichen Angestellten auf seiner Kanzlei.

„Wenn sie von der Schule kommen, können sie alle nichts", sagte Dr. Geyer, „aber man darf sie deshalb nicht fortschicken. Man nimmt doch so einem jungen Ding alles Selbstvertrauen, wenn man sie gleich wieder entläßt. Ich plage mich lieber mit meinen Angestellten ab. Lieber bleibe ich eine Stunde länger auf der Kanzlei, wenn eine neue bei mir eingetreten ist, und gebe ihr Unterricht. Und meine haben es alle noch gelernt. Wenn bei mir einmal so ein Mädchen ein Jahr lang ist, dann kann sie etwas, dann kann sie Stenographie und Schreibmaschine und tadellos korrekt deutsch schreiben, wenn sie sich anfangs auch noch so dumm angestellt hat."

Ich habe die Geduld dazu nicht", antwortete Dr. Müller, „lieber zahle ich mehr und nehme mir eine Perfekte."

Einige Tage später schickte Dr. Müller seine Sprechstundenhilfe mit einem Auftrag zu seinem Schwager.

„Wie gefällt es Ihnen denn in Ihrer Stelle?" fragte Dr. Geyer.

„Wunderbar", antwortete das Mädchen, „es ist ja so schön, wenn man arbeiten und sich nützlich machen kann; aber" — und wieder zog brennendes Rot über ihr Gesichtchen — „das Schreiben, ich kann halt nicht richtig schreiben."

„Ich mache Ihnen einen Vorschlag", entgegnete Dr. Geyer, „ich will Sie unterrichten. Ich habe schon so manches Mädchen ausgebildet, das von der Schule her nichts gekonnt hat."

„Wirklich, wirklich, das wollen Sie tun? Aber nein, es geht ja nicht, ich bin ja so dumm."

„Nun, wie es mit der Dummheit steht, wollen wir uns erst einmal näher besehen. Tagsüber habe ich aber keine Zeit, um mich mit Ihnen abgeben zu können. Kommen Sie heute abend um acht Uhr zu mir; dann will ich sehen, was sich machen läßt."

„Wenn's die Mutter erlaubt," sagte Hedi.

Die Mutter war gar nicht zufrieden, als sie von dem Vorschlag hörte. Den ganzen Tag über war ihr Kind nicht zu Hause und jetzt sollte es abends auch noch zum Lernen gehen. Aber schließlich, daß die Rechtschreibung Hedis schwache Seite war, wußte sie ja selbst, und solange sie das nicht gelernt hatte, war eine gute Stellung niemals zu bekommen, und das Geld, das Hedi verdiente, war doch gar so nötig. Es fehlte ja vorn und hinten im Haushalt.

(Fortsetzung folgt)

Keine „Klassenversöhnung!"

Lettlands Sozialdemokratie nach den Wahlen

Von Dr. Anatol Schanin

Der folgende instruktive Artikel wird uns von einem lettischen Sozialdemokraten geschickt, der, wie anscheinend die Mehrheit der dortigen Partei, mit der SAP sympathisiert. Red. d. „SAZ."

Mit erdrückender Mehrheit hat vergangenen Sonntag der Parteirat der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands die Tätigkeit des Zentralkomitees und der Landtagsfraktion der Partei in der Frage der Regierungsbildung gebilligt. Somit hat sich die Funktionärversammlung entschieden gegen kopflose Koalitionsfreudigkeit ausgesprochen, für die es auch in Lettland an Vertretern nicht fehlt.

Aus den Oktoberwahlen ist die Sozialdemokratie geschwächt hervorgegangen. Sie hat auf dem Lande starke Verluste erlitten. Die Heranbildung einer Klasse von Neuwirten, eingeleitet durch die Agrarreform vom Jahre 1920, führt dazu, daß bei jeder neuen Wahl immer mehr Stimmen auf dem Lande von der Sozialdemokratie abbröckeln. Der Stimmenzuwachs der Partei in den Städten, wo zumal die Kommunisten ihre Positionen zu erhalten verstehen, reicht bei weitem nicht aus, um den Verlust auf dem Lande wettzumachen. Statt 26 Abgeordnete, über die die Partei im alten Landtage verfügte, ist sie diesesmal mit 21 Abgeordneten in den Landtag gezogen (insgesamt zählt das Parlament 100 Mitglieder). Die Eigenart der neugeschaffenen parlamentarischen Situation ist aber die, daß trotz Schwächung der Sozialdemokratie heute rein ziffernmäßig die Möglichkeit einer linken Koalition gegeben ist, die es im alten Parlament nicht gab. Die Rechtsparteien, die die Hauptstützen der großbäuerlich-bürgerlichen Regierungskoalitionen Celminsch und Ulmanis in den verflossenen drei Jahren waren, haben von den Wählern in großem Maße Absage erfahren. Sieger im Wahlkampf waren die kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Mitteparteien. Im Gegensatz zu den Rechtsparteien, deren Losung war: lieber mit dem Bürgertum der nationalen Minderheiten, als mit den Sozialdemokraten, streben die Mitteparteien nach einer großen nationalen Regierungskoalition unter Ausschluß der Minoritäten. Besonders in diesem Augenblick völligen Staats- und Wirtschaftszusammenbruchs Lettlands wäre ja die Sozialdemokratie willkommen, um unter ihrem Deckmantel auf Kosten der Arbeiterschaft zu retten, was noch zu retten ist. Der Fehlbetrag im Staatshaushaltsplan, der mit 178 Millionen Lat ausbalanciert ist, beziffert sich im laufenden Jahr auf nicht unter 50 Millionen Lat. Schmälerung der Sozialgesetzgebung und Auferlegung neuer Lasten auf die arbeitenden Massen wird wohl auch in Lettland das einzige Mittel sein, mit dem das Bürgertum das Loch in der Staatskasse anzufüllen versteht.

Die Sozialdemokratie kennt keine absolute Ablehnung einer Koalitionspolitik. Sie kann sich aber an einer Koalition nur dann beteiligen, wenn der Arbeiterschaft auf diesem Wege wichtige Errungenschaften zugesichert sind. Die Sozialdemokratie Lettlands fordert: Ausbau der Sozialgesetzgebung (Einführung einer Arbeitslosen- und Altersversicherung, Einbeziehung der Landarbeiter in die Sozialgesetzgebung) und durchgreifende Einmischung des Staates in das Wirtschaftsleben. Besteht keine Gewähr für die Durchsetzung ihrer Forderungen, so hat die Sozialdemokratie von einer Beteiligung an der Regierung nur starke Verluste außerhalb des Parlaments zu erwarten.

Die Erinnerung an die linke Koalition vom Jahre 1927, die unter weit viel günstigeren Umständen, als es heute möglich wäre, eingegangen wurde und dennoch die schärfste Mißbilligung in den Reihen der Partei selbst erfuhr, ist noch wach. 1928 nahm der Parteikongreß eine Resolution an, in der er genau die Fälle umschrieb, in denen eine Regierungskoalition für die Partei zulässig ist. Der Beschluß vom vorigen Sonntag zeigt, daß die lettische Sozialdemokratie treuer an ihren Beschlüssen hält, als die SPD, die auch mal in Kiel ähnliche Beschlüsse gefaßt hatte. . .

Hält die lettische Sozialdemokratie auch weiterhin trotz aller Klippen der außerordentlichen Situation in Lettland vorüber fest an ihrer klassenkämpferischen Einstellung, so kann man unbesorgt auf die weiteren Schicksale der Arbeiterschaft in Lettland blicken. Vom allerschlimmsten ist sie dann bewahrt: sich in den Schlingen der „Klassenversöhnung" zu verfangen.

Faschistischer Vormarsch auf dem Land

Wittstock, 17. November.

Am Sonntag fanden in der Ostprignitz die Wahlen für die brandenburgische Landwirtschaftskammer statt. Stimmberechtigt waren 9860 Personen. Von 5718 Stimmen erhielten die Nationalsozialisten 3944 und die Deutschnationalen 1774 Stimmen bzw. drei und einen Vertreter. Nur die Nationalsozialisten und Deutschnationalen hatten Wahlvorschläge aufgestellt.

Mit verteilten Rollen

Brüning und Hitler arbeiten sich in die Hände / Staatsparteiliche Bereitschaft eine Hitlerregierung zu tolerieren

Berlin, 19. November.

In einer Rede in Oppeln erklärte der Reichsverkehrsminister Treviranus, jedes Mitglied der Reichsregierung habe allmählich eingesehen, daß ein gewisses Halbdunkel über die praktische Durchführung der nächsten Aufgaben notwendig sei, um zu verhindern, daß irgendeine Maßnahme spekulativ ausgenutzt werde, oder daß das Ausland daraus vorzeitig seine Schlüsse ziehe. Zu der Frage, ob es nicht besser gewesen wäre, die Nationalsozialisten in die politische Verantwortung einzubeziehen, sagte Treviranus, nach der Meinung der Regierung sei die Stärke dieser Volksbewegung für die schwebenden außenpolitischen Verhandlungen ein so großer Vorteil, daß es falsch wäre, diesen Faktor zu binden.

Das bedeutet nichts weniger, als daß die Regierung Brüning, die der Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie als „Damm gegen den Faschismus" angepriesen wird, bereits in entscheidenden Fragen mit Hitler gemeinsames Spiel spielt. Daß darüber hinaus auch der Zeitpunkt immer näher rückt, da Brüning Hitler offiziell die Tore zur legalen Machtergreifung öffnet, zeigt mit aller Deutlichkeit die folgende Meldung des „Berliner Tageblatt":

„Der Fraktionsvorstand des Zentrums tritt heute zu einer Sitzung zusammen, an der voraussichtlich auch der Reichskanzler teilnehmen wird. Wenn die Sitzung auch schon seit einiger Zeit in Aussicht genommen war, wird ihr doch jetzt in politischen Kreisen besondere Bedeutung beigemessen. Man erwartet freilich für heute noch keine entscheidende Wendung in bezug auf das Verhältnis des Zentrums zu den Nationalsozialisten, wohl aber eine Aussprache über die Lage der Regierung Brüning, die trotz ihrem parlamentarischen Erfolg im Oktober prekär bleibt, weil die kleineren Gruppen der Rechten unter dem Eindruck der neuen nationalsozialistischen Wahlerfolge wieder vermehrte Unruhe zeigen.

Auch in einer am Dienstag abgehaltenen Sitzung der staatsparteilichen Reichstagsfraktion wurde die Zweckmäßigkeit einer Verbindung zwischen der Regierung und den Nationalsozialisten erörtert. Die Meinungen waren geteilt; für die Unterstützung einer solchen Kombination durch die Staatspartei war jedoch keine Neigung vorhanden.

In parlamentarischen Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß die Regierung eine Entscheidung über diese Dinge möglichst in das nächste Jahr verlegen möchte, man rechnet aber immerhin mit der Möglichkeit einer Beschleunigung. Zunächst dürfte jedenfalls noch vor Weihnachten in der Form eines Antrags auf Einberufung des Reichstags mit einem neuen Vorstoß der Deutschnationalen gegen die Regierung zu rechnen sein."

Also nach dem Zentrum ist nun auch die Staatspartei auf dem Weg mindestens zur Tolerierung einer Hitler-Regierung. Es bestätigt sich also, was wir an anderer Stelle bereits vor mehr als einem Jahr als das Ergebnis der krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft feststellten: Es gibt in Deutschland kein demokratisches Bürgertum mehr. Alle politischen „Ideale" der Bourgeoisie — Freiheit, Gleichheit, Demokratie — sind nur Ausdruck des bürgerlichen Klasseninteresses. Gerät dieses in Widerspruch mit jenen Idealen, dann unterliegt in diesem Konflikt niemals das Klasseninteresse.

Um so verhängnisvoller muß sich jetzt die Bindung der sozialdemokratischen Arbeiter an den kapitalistischen Staat auswirken. Die Politik der SPD hat gerade die kampfwilligsten und in bestimmtem Sinne aktivsten Elemente des sozialdemokratischen Proletariats durch das Reichsbanner an den Ausbeuterstaat gefesselt. Hat das schon zu jenen Paraden und Verbeugungen vor Hindenburg geführt, gegen die der proletarische Instinkt der Reichsbannerproleten sich mehr als einmal aufgebäumt hat, so stehen nunmehr diese Arbeiter, die im letzten Jahr das Fernhalten Hitlers von der Regierung als ihre fast einzige politische Aufgabe betrachtet haben, unter der Leitung von Leuten, deren Parteien heute schon bereit sind, Hitler das Tor zu öffnen.

In dieser Situation wird doppelt groß die Verantwortung jedes Mitgliedes der Sozialistischen Arbeiterpartei, alle Proletarier, mit denen er in Berührung kommt, loszulösen von diesem verhängnisvollen, lähmenden, schwarzrotgoldenen Einfluß und sie einzugliedern in die Front des roten Widerstandes gegen den Staat der Ausbeutung, die die Sozialistische Arbeiterpartei zu schaffen am Werke ist.

Klärung in Hessen?

In Berliner parlamentarischen Kreisen ist man zurzeit überzeugt, daß die Nationalsozialisten nach dem zweifellos zu erwartenden Sturz der hessischen Koalitionsregierung (Sozialdemokraten, Zentrum und Staatspartei) als stärkste Partei die Regierungsbildung in Hessen übernehmen und sogleich an das Zentrum ein Koalititonsangebot richten werden. Das Zentrum ist zu Verhandlungen bereit, und man vermutet, daß beiderseits keine für die Gegenseite unerfüllbaren Bedingungen gestellt werden. Als weiteres Ergebnis einer solchen Kombination erwartet man die Aufnahme der Nationalsozialisten in die Reichsregierung, ja es heißt, daß Brüning sie bereits spätestens für den Anfang des kommenden Jahres in Aussicht gestellt hat.

Dagegen sollen sich Brüning und Hitler dahin verständigt haben, die Sozialdemokraten in Preußen bis zur Neuwahl im Frühjahr nicht aus der Verantwortung zu entlassen.

Gefangene ihrer eigenen Gesellschaft

Treviranus erklärte in seiner bereits erwähnten Rede in Oppeln hinsichtlich der deutschen Wirtschaftspolitik, daß die Wirtschaft ein Gefangener der natürlichen Entwicklung sei. Es sei eine schwere Aufgabe für den Staat, da einzugreifen, wo sonst das freie Spiel der Kräfte der Regulator sei. Der Appell an die Einsicht der einzelnen Wirtschaftskreise nütze aber nicht mehr und deshalb müsse der Staat selbst eingreifen.

Jämmerlicher kann man seinen vollständigen Bankerott nicht eingestehen. Nicht nur die kapitalistische Wirtschaft ist gefangen in den Schlingen ihrer eigenen inneren Widersprüche, auch die Regierung des kapitalistischen Staates und ihre Trabanten sind gefangen. Einen anderen Ausweg als die völlige Katastrophe kann nur die Arbeiterklasse öffnen im revolutionären Kampf um die sozialistische Gesellschaft.

Der „Minister für Entgleisungen"

Trevi deckt außenpolitische Karten auf

Der „Seekadett" Treviranus ist das Schreckenskind dieser Regierung. Seine politische Fußbekleidung ist der Stulpenstiefel, mit dem er munter auch im Garten der Außenpolitik herumspaziert. Was der „Diplomat" Brüning ängstlich vertuscht, plaudert der muntere Trevi frisch-from von der Leber weg aus. Solche Offenheit hat aber auch ihre Verdienste, authentische Bestätigung des bewußten Bankerottspiels der deutschen wirtschaftlichen und politischen Dirigenten, ist zur Aufklärung breiter Massen nicht unerwünscht.

Treviranus hat nicht nur die Förderung der Nazis als einen außerpolitischen Programmpunkt in Hinsicht auf die Reparationsverhandlungen enthüllt, er ist weitergegangen. Er hat seinen Freund Brüning heftig kompromittiert mit folgenden Ausführungen:

„Die politische Konstellation ringsum sei denkbar ungünstig, obwohl Deutschland im Frühjahr eine klare Entscheidung hinsichtlich der Stillhaltung brauche.

Deutschland müsse daher die Stärke, die in seiner Schuldnereigenschaft liege, gebührend ausnützen."

Für uns und unsere Leser ist diese Taktik ja nichts neues, neu ist nur diese Bestätigung aus dem Munde des Verkehrsministers, der dank seiner früheren „Verdienste" den Beinamen „Minister für Entgleisungen" erhalten hat. Es ist also wahr, daß man in Deutschland gepumpt und gepumpt hat, um nachher so fest mit den Interessen der Gläubiger verhaftet zu sein, daß diese unter allen Umständen versuchen müßten, den bankerotten Schuldner über Wasser zu halten. Es ist die Methode, die unsere „ganz Großen" den Banken gegenüber mit durchschlagendem Erfolg angewandt haben — siehe Danatbank und Hugenberg und Reichskasse zum Beispiel.

Für die Außenpolitik kalkuliert man noch gerissener:

Man spielt einen Gläubiger gegen den anderen aus; die kurzfristigen Schulden gegen die Reparationen, um mindestens diese ganz loszuwerden, was als eine „nationale" Tat dann mit allen Blechinstrumenten des nationalen Orchesters verkündet werden könnte. Ein Triumpfzug der Nazis, mit „rollenden Köpfen" verschönt, könnte sich anschließen. Zwei Fliegen wären mit einer Klappe geschlagen. Ein tolles Spiel! Aber viel zu raffiniert. Die Gläubiger wissen längst darum, Frankreich läßt sich so einfach nicht „siegreich schlagen".

Den Einsatz aber zahlt das deutsche werktätige Volk, hat ihn schon gezahlt mit der Belastung durch die furchtbare Krise, die sich, wenn den Bankerotteuren nicht in letzter Minute Einhalt getan wird, in diesem Winter zur Katastrophe verschärfen muß. Die Schuldigen haben sich selbst an den Pranger gestellt, es wäre gut, sie da festzubinden!

Zum Volksbegehren in Sachsen

In der SAP entscheidet die Mitgliedschaft!

Am Bußtag haben in Chemnitz die Vertreter der vier sächsischen Bezirke der SAP zum kommunistischen Volksbegehren auf Auflösung des sächsischen Landtages Stellung genommen. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß es möglich und wünschenswert ist, die Haltung der SAP zu dieser Frage nicht durch die Instanzen, sondern durch den Willen der Mitgliedschaft bestimmen zu lassen. Infolgedessen werden die Bezirksleitungen unverzüglich die Ortsgruppen der SAP auffordern, sofort in Mitgliederversammlungen bzw. in Urabstimmungen die Auffassung der Mitgliedschaft zu ermitteln. Die Ergebnisse dieser Abstimmungen müssen bis spätestens 28. November mit genauen Zahlenangaben bei den zuständigen Bezirksleitungen vorliegen. Am 29. November werden sich die Vertreter der vier Bezirksleitungen zu einer neuen Besprechung in Dresden zusammenfinden, um das Gesamtergebnis festzustellen und entsprechend auszuwerten. Die Parole der SAP zum Volksbegehren wird dann sofort, also noch rechtzeitig vor Beginn der Einzeichnungsfrist, in der SAZ bekanntgegeben werden.

*

Die Ortsgruppe Plauen i. V. hat in ihrer Mitgliederversammlung am Mittwoch, nachdem beide Gesichtspunkte ausgiebig vertreten worden waren, mit ca. 400 gegen 3 Stimmen ihre Meinung dahin ausgedrückt, daß die SAP sich im Volksbegehren und Volksentscheid zur Auflösung des Sächsischen Landtages beteiligen möchte. — Die Ortsgruppe Georgenthal hat einstimmig den gleichen Beschluß gefaßt.

Hinter verschlossenen Türen

Landesverratsprozeß gegen die „Weltbühne" — Strenges Schweigegebot — Merkwürdige sachverständige Aeußerungen

Der Landesverratsprozeß gegen die „Weltbühne" ist Donnerstag vormittag nach eintägiger Pause (in Ansehung des preußischen Bußtages) vom Reichsgericht wieder aufgenommmen worden. Allen Beteiligten war vom Senat ein strenges Schweigegebot auferlegt worden; damit ist die ordentliche Berichterstattung über diesen im Prinzip so wichtigen Prozeß unmöglich gemacht. Der Eindruck im Ausland wird leicht vorauszusehen sein.

*

Aus Kreisen, die dem Reichswehrministerium nicht ferne stehen, erfahren wir im übrigen, daß die Luftfahrtsachverständigen dieses Ministeriums sich auf den Standpunkt stellen sollen, in dem Leipziger Prozeß müsse schon deswegen Verurteilung eintreten, weil jedes Flugzeug, ganz gleich welcher Type, allein durch den Umstand, daß es mit einem Offizier bemannt sei, zu einem Teil der Streitkräfte des Reiches würde.

Wir können nicht glauben, daß die verantwortlichen Spitzen des Reichswehrministeriums einen solchen Standpunkt teilen oder daß sie ihn gar nach außen hin vertreten sollten. Gerade von französischer sachverständiger Seite ist nämlich mit diesem Argument gearbeitet worden während der Verhandlungen, die im Juni 1926 zur Pariser Luftfahrt-Konvention geführt haben. Und gerade die deutschen Verhändler, an ihrer Spitze General von Pawelsz und der Geheime Legationsrat Nord vom Auswärtigen Amt, sind diesem Argument mit vollem Erfolg entgegengetreten.

Das ist doch kaum glaubhaft, daß die Luftfahrtsachverständigen der Reichswehr nach außen und nach innen genau entgegengesetzte Argumente verwenden sollten. . . Schon deshalb nicht glaubhaft, weil ein solches Manöver viel zu plump wäre, als daß es glücken könnte!

Dummer Schwindel

Die „Arpo", das Blatt der KPO, bringt einen ausführlichen Bericht über eine Rede unseres Genossen Walter Fabian. Im Schlußwort soll nach dem Bericht der „Arpo" Genosse Fabian gesagt haben, „die Redaktion der „SAZ" würde jetzt personell geändert". Vielleicht ist die falsche Berichterstattung der „Arpo", die hier zweifellos vorliegt, nicht so ganz versehentlich geschehen. Wir stellen jedenfalls ganz eindeutig fest, daß kein wahres Wort an dieser Behauptung ist. Die Redaktion der „SAZ" ist provisorisch vom Parteivorstand besetzt. Nach unserm Organisationsstatut, das der Mehrheit der KPO-Führung so ganz und gar nicht gefällt, weil bei uns die Mitglieder zu viel zu sagen haben, muß sich jeder Redakteur auf dem ordentlichen Parteitag Anfang des Jahres alljährlich wieder zur Wahl stellen. Dort entscheiden die Mitglieder. Alles andere ist dummer Schwindel.

Eine Armee gegen ein paar Kommunisten

Clausthal-Zellerfeld, 19. November.

Am Dienstag abend kam es in der Siedlung Pfauenteiche zu einer Schlägerei und Schießerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Nicht nur sämtliche Landjäger der Kreise Zellerfeld und Osterode erschienen, sondern auch aus Hannover war ein Ueberfallkommando von 25 Mann auf Kraftwagen eingetroffen, um gegen die Kommunisten vorzugehen. Ferner beteiligten sich Polizeimannschaften aus Hildesheim und Einbeck, insgesamt etwa 100 Mann, an der Aktion. Anschließend fanden Haussuchungen bei Kommunisten (die Nazis ließ man natürlich ungeschoren) nach Waffen und Munition statt.

Sportschau der SAZ

Berliner Arbeiter-Sport

Die Schwimmer laden ein

Zum Kreisschwimmfest im Luna-Bad

Am kommenden Sonntag führen die Schwimmer des 1. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund im Lunabad in Halensee ihre Kreismeisterschaften im Schwimmen und Springen durch. Das sehr gut zusammengestellte Programm verspricht guten Sport. — Im Männercrawlschwimmen wird die Entscheidung zwischen Grohn-Charlottenburg, Richter-Freiheit und Frohn-Groß-Berlin liegen; während im 100-m-Jugendbrustschwimmen zwischen Quiß-Möwe und Lehmann-Berlin XII ein scharfer Kampf zu erwarten ist. Im Crawlschwimmen für weibliche Jugend kann es der Neuköllnerin Menner gelingen, Ehringhausen-Union knapp zu schlagen. — Das Mannerkunstspringen, das noch nie seine Anziehungskraft verfehlt hat, wird auch an diesem Tage wieder eins der besten Werbemittel für den Arbeitersport sein. — Die meisten Teilnehmer vereinigt das Männerbrustschwimmen über 100 m. — Von den 22 Teilnehmern haben Decher-Groß-Berlin, Tiedke-Berlin XII und Wagnitz-Hellas, die größten Aussichten. — Der Kunstreigen, geschwommen von den Frauen des 1. Kreises, der in Wien beim Olympia großen Anklang gefunden hatte, wird auch die verwöhntesten Zuschauer zufriedenstellen.

Auf die 4 mal 100 m Crawlstaffel kann man sehr gespannt sein. Die Hellasmannschaft, die sich in voller Form befindet, wird sie nicht nur gewinnen, sondern auch den Bundesrekord ganz erheblich verbessern. — Den Abschluß des Festes bildet das Wasserballspiel zwischen dem Bundesmeister Charlottenburg und Hellas. Beide Mannschaften werden ein technisch hochwertiges Spiel zeigen, das auch die Uneingeweihten bestimmt begeistern wird.

Nach Schluß des Festes findet ein Kürbaden statt, an dem alle Besucher des Festes teilnehmen können. Eintrittspreis für Erwachsene 50 Pfg., für Jugendliche und Erwerbslose gegen Vorzeigung der Stempelkarte 30 Pfg. Karten sind an der Kasse des Lunabades zu haben.

Wasserball-Serienspiele

Trotz der am Sonntag stattfindenden Kreismeisterschaften im Schwimmen und Springen findet noch am Sonnabend, dem 21. November, ein wichtiges Serienspiel statt. Möwe trifft um 21.30 Uhr im Lunabad in Halensee auf Charlottenburg und wird einen schweren Gegner für die sieggewohnten Charlottenburger abgeben.

Am Sonntag spielen ...

Handball (Serie)

Auf dem Platz in den Rehbergen erwartet der Kreismeister **Wedding die FT. Velten** um **15 Uhr.** — Auf demselben Platz sind **Wedding 3** und **Eiche-Cöpenick** bereits um **10 Uhr** am Werke. **FTGB-Nordost** erwartet die **FT. Hennigsdorf** um **12.30 Uhr.** — **Eintracht-Mahlsdorf** und **ASV. Schöneberg** messen auf dem Platz in Mahlsdorf an der Hönower Chaussee ab **15 Uhr** ihre Kräfte. — In der Abteilung B ist das Spiel zwischen **FTGB-Nordring** und **FTGB-Süden** auf dem Platz an der Schönhauser Allee sehr entscheidend. Der Sieg Südens bedeutet die endgültige Führung in der Abteilung. Beginn um 15 Uhr. — Die **Luckenwalder Sportler** haben die **FTGB-Oberspree** zu Gast und bekommen damit eine harte Nuß zu knacken. **Beginn 15 Uhr.**

Bezirksklasse Osten: FTGB-Adlershof—Eiche-Cöpenick 2 um 10.30 Uhr Platz an der Wuhlheide 254. — SC. Rehfelde—FSV. Strausberg um 14 Uhr, Platz Richterswalde. — Friesen-Fürstenwalde 2—FTGB-Baumschulenweg 2 um 14 Uhr, Platz Vereinsplatz der Friesen. **Frauen:** Eintracht-Mahlsdorf—Eiche-Cöpenick um 14.10 Uhr. Platz Mahlsdorf.

Gesellschaftsspiele: FT. Kalkberge—TSV. Kaulsdorf um 13.30 Uhr in Kalkberge. — FTGB-Baumschulenweg—FSV. Tegel um 15 Uhr im Plänterwald. **Frauen:** Athletik-Sport-Club 8—FSV. Tegel um 10 Uhr, Neuköllner Stadion.

Bezirksklasse Norden: MTV. Bernau—FTGB-Rosenthal um 10 Uhr in Bernau. — FTGB-Norden 1—ASV. Wedding um 13.45 Uhr, Platz Humboldthain. — FT. Schwante—Volkssport Wedding 4 um 9.30 Uhr in Schwante. **Frauen:** FT. Hennigsdorf—FSV. Reinickendorf um 14 Uhr in Hennigsdorf. — FTGB-Nordring—ASV. Wedding um 15 Uhr, Platz Schönhauser Allee. — Volkssport-Wedding—Volkssport Wedding 2 um 14 Uhr, Platz Rehberge.

Bezirksklasse Süden: FTGB-Süden 3 gegen FTGB-Lankwitz um 15.10 Uhr, Dominikusplatz. — ATV. Ruhlsdorf—ASV. Schöneberg 2 um 15 Uhr in Ruhlsdorf. — Volkssport-Neukölln 2—FTGB-Süden 2 um 10.40 Uhr, Volkspark Neukölln. — FT. Wilmersdorf—MTV. Sperenberg um 14 Uhr, Platz Preußenpark. **Frauen:** Volkssport-Neukölln—FTGB-Süden um 9.50 Uhr, Volkspark Neukölln.

Fußball

Am kommenden Sonntag finden in der Kreisklasse nur drei Spiele statt. In **Abt. A** muß **Pankow** nach **Luckenwalde**, um gegen die dortige 5. **Abteilung** anzutreten. — In **Abt. B.** spielt **Adler 08** gegen **Luckenwalde 2. Abt.** Das Spiel findet in Pankow, Kissingenstraße, statt. — In **Teltow** spielt die dortige Elf gegen Weißensee. Sämtliche drei Spiele beginnen um 2 Uhr nachmittags.

Weitere Spiele der Bezirksmannschaften:

Bezirk Osten: Oberspree gegen Normannia. — Arb.-Sportverein Neukölln gegen Storkow. — Südost gegen Berl. Sportverein 1931. — Frohe Stunde gegen Eiche-Cöpenick 2.

Bezirk Norden: Im Sportpark Rehberge finden Werbespiele von Vorwärts-Wedding statt. Der Verein spielt mit drei Mannschaften gegen Volkssport-Neukölln.

Bezirk Westen: Ausscheidungsspiel Perleberg gegen Rathenow-Süd.

Hockey

Gruppe A: ASV. Rotweiß 1 und VfL. Ostring 2 spielen um 14 Uhr in der Schönhauser Allee. — SV. Moabit tritt um 14.30 Uhr in Spandau an zum Spiel gegen den Spandauer Hockey-Club.

Gruppe B: ASV. Rotweiß 2 erhält Volkssport-Neukölln zu Besuch. Beginn des Spiels um 12.30 Uhr in der Schönhauser Allee. — Zum Pflichtspiel treffen sich Tennisrot 1 und VfL. Ostring 1 um 15 Uhr auf dem Platz Ost in der Laskerstraße. — Im Mariendorfer Volkspark empfängt die FTGB-Tempelhof die Fr. Sportvergg. Pankow. Beginn dieses interessanten Treffens um 15 Uhr. — In Schöneberg, Rudensstraße, spielen der dortige ASV. Schöneberg 07 gegen die FTGB-Osten um 15 Uhr.

FTGB-Tempelhof 2 gegen Rotweiß 3, 13.30 Uhr, in Mariendorf. — Spandau 2 gegen Volkssport-Neukölln um 13 Uhr in Spandau. — Moabit 3 gegen ASV. Wedding um 10 Uhr und Moabit 2 gegen Pankow um 8.30 Uhr, beide Spiele im Sportpark Tiergarten. — Tennisrot 4 gegen VfL. Ostring 3 um 11.30 Uhr, Platz Ost, Laskerstraße.

Frauenspiele: Rotweiß gegen Ostring um 15.30 Uhr in der Schönhauser Allee. — Tennisrot 1 gegen Volkssport-Neukölln um 13 Uhr, Platz Ost. — Tennisrot 2 gegen Tennisrot 3 um 14 Uhr, Platz Ost.

Vorschau der Handballer

Wilkau 1—Planitz 1 11 Uhr. Das Spiel ist ein Revanchekampf für das vor kurzem stattgefundene Serienspiel, das bekanntlich für Planitz endete. Man darf gespannt sein, wer aus diesem Kampf als Sieger hervorgeht. — Stöcken 1—Friedrichsgrün 1 14.30 Uhr. Nach einem schönen Spielverlauf erwarten wir ein knappes Resultat. — Schedewitz 1—Haßlau 2 10 Uhr. Schedewitz müßte hier eigentlich zu einem Siege kommen. — Wilkau 1b gegen Aue 1 10 Uhr. Es ist zu hoffen, daß die Gäste mit ansprechenden Leistungen aufwarten werden und der Wilkauer Elf einen ernsthaften Gegner abgeben. — Lichtentanne 1—Planitz 2 10 Uhr? Hoffentlich hat Planitz aus dem letzten Spiel gelernt und die dabei aufgetretenen Fehler abgestellt. Sonst...! — Wilkau 3—Aue 2 10 Uhr. Crimmitschau 2 gegen Zwickau 2 14.30 Uhr.

Jugend:

Zwickau 1—Lichtentanne 9 Uhr, Zwickau 2 gegen Neukirchen 10 Uhr. Haßlau—Werdau 13.30 Uhr, Wahlen—Friedrichsgrün 10.30 Uhr, Cainsdorf—Planitz 9 Uhr. Stöcken—Wilkau 13.30 Uhr.

Knaben:

Leubnitz—Lichtentanne 10 Uhr.

Spielerinnen:

Haßlau—Werdau 14.30 Uhr.

Marienthal 1—Reinsdorf 1 14 Uhr.

Berliner Sport vom Bußtag

Handball.

Das wichtigste Spiel stieg auf dem Platz in der Wuhlheide. **FTGB-Oberspree** und **FTGB-Süden** stritten um die Punkte. Die Südenmannschaft gewann **6:1 (2:1).** Leider litt das Spiel unter dem Morgenregen, so daß die erwarteten Schönheiten dieses Kampfes ausblieben. Im Volkspark Neukölln erhielt **Eintracht-Mahlsdorf** vom **Volkssport-Neukölln** eine **9:5-(5:2)-Niederlage.** Schuld an diesem Ausgang trägt das eigensinnige Innentrio von Mahlsdorf. — Einen leichten Gang trat der Kreismeister **Volkssport-Wedding** an. Er schlug seine dritte Vereinsmannschaft ganz sicher **9:0.** — Als Ueberraschung kommt die Niederlage für **FTGB-Nordring** im Spiel gegen **Volkssport-Wedding II.** Mit **6:4 (4:0)** holte sich Wedding die Punkte.

Aus den Bezirksklassen meldeten: **FTGB-Südost—TSV-Kaulsdorf 3:8 (2:4), FTGB-Adlershof II—TSV-Kaulsdorf II 1:8 (1:5). — Die Freien Schwimmer Berlin XII siegten gegen Volkssport Neukölln II ganz knapp 2:1 (0:1), FTGB-Adlershof—FT-Küstrin 2:5, ZdA gegen FTGB-Süden III 2:11, Berlin XII—Lankwitz komb. 0:3 (0:2).**

Frauen:

FTGB-Südost—TSV-Kaulsdorf 1:2 0:1).

Fußball.

Britz 88—Frohe Stunde 3:3 (1:1). Durch schnelles Tempo wurden die Zuschauer mitgerissen. Besondere Bewunderung galt dem Britzer Torwächter. — **Britz 88 II—Frohe Stunde II 5:0 (3:0).**

Hockey.

VfL-Ostring I konnte nach hartem Widerstand gegen den **Spandauer Hockey-Club 3:2** gewinnen. — **Volkssport Neukölln I** und **VfL-Ostring II** trennten sich mit **3:2.** — **Tennisrot I** bezwang den ASC nach flottem interessantem Kampf mit **6:2.** — **MTV-Bernau** schlug **Tennisrot IV** knapp **3:2.** — **FTGB-Osten** gewinnt gegen **Tennisrot III** mit **3:2.** — **Volkssport Neukölln II** und **VfL-Ostring III** trennten sich unentschieden **2:2.**

Hallen-Werbefest des ASV-Schöneberg

Gutes flottes Programm und guter Besuch. Zu erwähnen sind besonders die Bewegungsspiele der Kinder. Die Kleinen waren mit ganzem Herzen dabei, vor allem natürlich beim Indianerspiel. Die Hockeyspieler führten ein korrektes und schnelles Spiel vor und die Schwimmer boten neben einer Ausstellung einige Liedervorträge. Zum Schluß sprach die Turnabteilung den Bewegungschor „Funktürme sprechen" und unterstrich damit die proletarische Linie der Veranstaltung. — Das Fest wird dem ASV bestimmt neue Freunde und Mitkämpfer bringen.

Ein Markstein in Sachsen

Sporthallenweihe in Wilkau!

In aller Stille ist in der Hochburg des Arbeitersports im industriellen Sachsen eine Kulturstätte auf dem Wilkauer Sportplatz entstanden, die in der Umgebung (einschließlich der bürgerlichen Sportorganisationen) einzig dasteht. Jahrzehntelang bestand bei den Funktionären des Vereins der Plan für dieses ideale Werk. Durch reaktionäre Unterdrückungen durch die ehemalige Gemeindeleitung wurde das Werk wohl behindert, nicht aber verhindert. So wurde die Benutzung der Schulturnhalle verweigert, der Kauf geeigneter Grundstücke hintertrieben. Das beachtliche Vereinsvermögen, das von einem gewissenhaften Kassierer in 25 Jahren gespart und verwaltet wurde, ging durch die Inflation verloren. Es schien, als sollten diejenigen Genossen, die an dem Werke als an ihrem Lebenswerk hingen, es nie erfüllt sehen. Da kam vor wenigen Wochen der neue Bankenkrach. Neue Inflation drohte. Diese Dinge gaben den nötigen Anlaß, daß in aller Geschlossenheit die Mitglieder für den sofortigen Beginn des Baues eintraten. Schul- und Gemeindebehörde überließen das notwendige Grundstück.

Als Notprojekt vorgesehen, wurden während des Baues fortgesetzt Verbesserungen getroffen, bis schließlich eine recht schmucke, praktische Wirkungsstätte entstand. Ueber 5000 Arbeitsstunden wurden gebraucht, alle Arbeiten in eigener Regie durchgeführt. Wer einmal während der Bauzeit die Mitglieder bei der Arbeit gesehen hat, wie Alt und Jung einträchtig zusammenstanden, wie ernsthaft gemeinsam die Finanzsorgen behandelt wurden, der mußte überzeugt sein, daß Idealismus, Opfermut, Sozialismus der Tat in den Reihen der Arbeiterschaft leben!

Am Sonnabend, dem 21. November, 18.30 Uhr wird in einer kurzen Feierstunde die Halle ihrem Zwecke übergeben. Der Raumverhältnisse wegen können leider nur die Vereinsleiter und deren Vertretungen eingeladen werden. Am Sonntag steht die Halle dann zur öffentlichen Besichtigung frei.

*

Der Sonntag, als eigentlicher Festtag, erhält seine entsprechende Würdigung durch ein großzügiges Werbespiel der kombinierten Meistermannschaft

Niederhaßlau-Vielau—Wilkau (14.30 Uhr)

Von der Arbeiterschaft wird erwartet, daß sie das Werk und all die Mühe der Arbeitersportler durch recht zahlreichen Besuch am Sonntag anerkennt.

*

Im Zwickauer Bezirk

sind die Fußball-Serienspiele beendet. Am 29. November spielen

Niederhaßlau-Vielau

die Bezirksmeisterschaft aus.

Am kommenden Sonntag werden nur Freundschaftsspiele ausgetragen:

Cainsdorf—Zwickau-Süd (14.30). Das letzte Serientreffen nahm einen außerordentlich scharfen Verlauf. — Marienthal—Zwickau-Nord (14.30). Nord, eine sehr junge Mannschaft, hat fast alle erstklassigen Lokalgegner geschlagen. — Zwickau—Planitz (14.00, Fichte). Dem Bezirksmeister Planitz wird ein Sieg sehr schwer fallen. — Reinsdorf—Aue (14.30). Die Gäste sind wieder in die 1. Klasse zurückgekehrt. — Oberhohndorf gegen Sosa (14.30). Der Spielstärkeunterschied ist ziemlich groß. Sosa spielt im Erzgebirge 2. Klasse, Oberhohndorf ist Spitzenverein im Zwickauer Bezirk. — Ebersbrunn gegen Auerbach (14.30); Mülsen Niclas gegen Friedrichsgrün (14.30); Steinpleis I—Reichenbach II (14.30); Neukirchen II—Fraureuth I (15.00); Zwickau-Nord II—Mülsen Jacob I (14.00); Lichtentanne I—Grün II (14.30).

Fußballsport im Vogtland

Am 22. November spielen:

I. Klasse.

Wacker—Eintracht (14.30), Ostplatz; Lauterbach—Rebesgrün (14.30); Raschau—Treuen (15.00); Rempesgrün—Auerbach (14.30); Spielv. 23—Elsterberg (15.00); Kürbitz—Reichenbach (14.30); Rodewisch—Mylau (14.30).

II. Klasse.

Spielv. 23—Lipperts (11.00); Rempesgrün—Dorfstadt (13.00); Brunndöbra—Carlsfeld (7. Bezirk); Lauterbach—Rebesgrün; Wacker—Eintracht; Spielvereinigung 23 III—Elsterberg III (13.30); Rodewisch—Mylau (13.00).

Jugend.

Spielv. 23 Jugend—Lipperts Jugend (14.30).

Wertvolle Waffen

für unseren Aufklärungskampf sind die vom Parteivorstand der Sozialistischen Arbeiter-Partei herausgegebenen

drei Broschüren:

1. **Wer hat die Sozialdemokratie gespalten?**
   Material zur Parteispaltung
2. **Was will die SAPD?**
   Materialien über die programmatischen Grundsätze und den Organisationsaufbau der neuen Partei
3. **Die Tolerierungspolitik der SPD**
   Material über die Ergebnisse der Tolerierungspolitik

Die Broschüren sind versandbereit. Fordert sofort an!

Verkaufspreis 15 Pf.

Bestellungen an den

Parteivorstand der SAPD Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67

Stärkt unsern Pressefonds!

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch ..... Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name .....

Wohnort .....

Straße .....

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.